

Jetzt
abonnieren:
#sogehtsolidarisch
linksfraktionsachsen.de/
service/newsletter

Mit
Digitalabo
schon drei Tage
früher im
Postfach!

Sachsens Linke!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
September-Oktober 2020

Von Moria nach Moria 2.0

Und dann ging es schnell. Alles stehen und liegen lassen, packen, losfahren, Einreiseformular ausfüllen, Masken kaufen. Wir, mein*e Assistent*in Leo und ich, waren Teil einer ad-hoc-Delegation der GUE/NGL. Neun Abgeordnete aus Griechenland, Spanien, Baskenland, Schweden, Portugal und Deutschland fuhren kurzentschlossen nach Lesbos. Im Handumdrehen stampften unsere Syriza-Genoss*innen die Agenda aus dem Boden.

Wir waren im rechten Moment da. Die Hauptstraße, an der sich vor Tagen Bundestagsabgeordnete mit auf den Straßen liegenden Menschen fotografieren ließen, war nun fast leer. Nach dem großen Brand in Moria waren Tausende Menschen in die Berge geflüchtet, froh, aus Moria wegzukommen, verängstigt und total erschöpft.

Ich war seit 2016 mehrfach in Moria gewesen. Wer zwei Jahre lang in Moria „weggeparkt“ wird, verliert den Glauben an Menschlichkeit in Europa: Kinder, die nicht spielen, weil sie zu erschöpft sind, Frauen, die verängstigt ihre Familie zusammenhalten, Männer, die nicht weiterwissen und irgendwo herumstehen, das war Moria. Und das ist Moria 2.0 in Kara Tepe, wohin die Menschen notgedrungen gingen, weil sie ohne jede Hilfe waren. Was wir in diesen Tagen erlebten, führte auch uns an die Grenzen des Erträglichen.

Die elf überfüllten Hotspots in Italien und Griechenland, diese militärisch bewachten Hochsicherheitstrakte, sind der Preis des gescheiterten EU-Türkei-Deals. Und Moria ist das Symbolbild einer schändlichen EU-Asylpolitik. Erst 3.000, dann 10.000, schließlich mehr als 23.000 Menschen wurden hier „gestapelt“. In Zelten, eine Toilette für 150 Menschen, keine Schule, kaum Hygienemittel und wenig Essen, lange verschont von COVID 19, doch nun leider nicht mehr.

Als wir Moria besuchten, sahen wir eine riesige abgebrannte

Stadt, ein Elendslager aus Zeltresten, Wellblech und massenhaft Stacheldraht. Die Hoffnung vieler Migrant*innen, Lesbos verlassen zu können, zerstob mit dem Bau eines ähnlichen Lagers ein paar Kilometer weiter in Kara Tepe. Auch dieses Lager machte uns fassungslos. Ausgelegt für 10.000 Menschen, droht es noch schlimmer zu werden als Moria. Auf einem ehemaligen Munitionsplatz auf Steinen errichtet liegt es nahe dem Meer, das im Winter das Land überschwemmt. Mit Stacheldraht sind Terrains abgegrenzt für „DIE Afghanen“, andere Nationalitäten, „einzelne Männer“. Wer aufgrund COVID 19 in Quarantäne ist, wird wie ein Zootier hinter Stacheldraht, auf Schutt und Sand gehalten, hat kein fließendes Wasser, zu wenig Essen, kaum Ärzte. Alles sei nur vorübergehend, für maximal sechs Monate, also bis ins Frühjahr des nächsten Jahres, heißt es. Doch im Winter, bei Regen und Kälte, Schnee und Eis muss es furchtbar werden.

Wer die Menschen aus dieser Situation nicht „befreit“, um „keine falschen Anreize“ für Migrant*innen zu schaffen, handelt menschenfeindlich. Daran ändert auch nichts, dass Deutschland 1553 anerkannte Flüchtlinge von den griechischen Inseln aufnimmt. Denn diese hätten längst in der EU aufgenommen sein müssen.

Die Menschen müssen evakuiert und die Hotspots geschlossen werden. Ich finde es gut, dass die Länderregierungen, in denen die LINKE mitregiert, dazu bereit sind. Nicht gut ist, dass dies die einzigen Bundesländer sind, die so handeln. Die Grünen regieren in elf Ländern mit. Sie sollten sich nicht nur mit Appellen an Seehofer begnügen. Geflüchtete brauchen mehr als Symbolpolitik. Wir brauchen endlich eine humane und faire Asylpolitik. #WirHabbenPlatz!

• Cornelia Ernst

Bericht: <http://gleft.de/45N>



Wer kennt die Kurstadt Templin, die Heimatstadt von Angela Merkel? Nach ihrem denkwürdigen „Wir schaffen das“-Satz haben zwei Filmemacherinnen erkundet, wie man es denn in den vergangenen fünf Jahren in Templin geschafft bzw. nicht geschafft hat. Herausgekommen ist die einstündige Dokumentation „Templin und die Flüchtlinge – schaffen wir das?“, die in der ZDF-Mediathek abrufbar ist. Einer der wichtigsten Protagonisten ist Bürgermeister Detlef Tabbert. Wer bestimmt an entscheidender Stelle die Geschicke der Stadt, aus der die CDU-Bundeskanzlerin kommt? Ein Linker! Ralf Richter hat ganz im Norden Brandenburgs – in der Uckermark – angerufen und dem Bürgermeister der 16.000 Einwohner-Stadt einige Fragen gestellt.

Herr Tabbert, Sie sind letztes Jahr zum Bürgermeister gewählt worden, obwohl die LINKE bei den Kommunalwahlen hinter SPD, CDU und AfD nur auf Platz vier gekommen ist. Wie ging das?

Bei uns in Brandenburg haben wir eine Bürgermeisterdirektwahl. Es gab natürlich noch ein paar Mitbewerber – drei an der Zahl, aber eine Stichwahl war nicht nötig, ich habe über 60 Prozent der Stimmen gewonnen. Als Bürgermeister amtiert man acht Jahre. Für mich ist das nun schon die zweite Wahlperiode. Auch in der ersten Wahl hatte ich über 60 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Eine der Filmemacherinnen stammt aus der Stadt. Kannten Sie sie und sind Sie überhaupt ein „echter“ Templiner?

Ich bin ein echter Templiner! Die junge Frau aber, die den Film gemacht hat, kannte ich vorher nicht. Ihre Mutter wohnt noch hier, und da Frau Merkel aus Templin kommt, lag es nahe, diese Dokumentation über Templin zu drehen.

Wie entstand die Dokumentation?

Das war ein Entwicklungsprozess. Am Anfang hieß es, dass es nur eine kurze Dokumentation für das Morgenmagazin des ZDF werden sollte und dann ist eine ganze Serie daraus geworden. Die war ursprünglich nicht geplant. In der Mediathek gibt es viele kürzere Einzelbeiträge. Pro Jahr entstanden drei, vier Beiträge – manchmal waren es auch sechs. Alles in allem sind es wohl 27 Einzelbeiträge, die über die Jahre im ZDF-Morgenmagazin gesendet wurden. Diese hat man dann zu einer einzigen Dokumentation zusammengeschnitten. 2018 war dann Peter Frey, der ZDF-Chefredakteur, auf dem Templiner Marktplatz und dort wurden die Sendungen öffentlich diskutiert.

Spiegelt der Film die Atmosphäre gut wider?

Es war eine sehr faire Berichterstattung, in der man den verschiedensten Facetten Beachtung geschenkt hat, da ja auch die Menschen sehr unterschiedliche Positionen vertreten, gerade bei so einem brisanten Thema. Auch die paar Rechten wurden nicht etwa aus dem Gesamtbild wegretuschiert. Alles in allem wurden die Mühen der Ebene gut dargestellt.

Templin hat 16.000 Einwohner. Man wird hier schon vor 2015 mit Menschen ausländischer Her-

Fünf Jahre nach „Wir schaffen das“

Wie ist die Lage in Angela Merkels Heimatstadt Templin? Ralf Richter sprach mit dem Bürgermeister Detlef Tabbert

kunft zusammengelebt haben. Was 2015 aber geschah, sprengte alle bisherigen Dimensionen. Wie stellte sich das für Templin dar?

Im „Hauptschwung“ 2015/2016 – der uns vor große Herausforderungen stellte, gerade was die Unterbringung betraf – trafen 400 Menschen ein. Insgesamt kamen 653 Flüchtlinge seit 2015 nach Templin. Über die Zeit hat sich die Zusammensetzung der Nationalitäten verändert. Dies hat nun wiederum etwas damit zu tun, dass sich die Bundesländer erst später darüber geeinigt haben, wer wen aufnimmt.

... etwas, das in der Bevölkerung weniger kommuniziert und schon gar nicht demokratisch entschieden wurde. Wen nimmt das Land Brandenburg auf?

Wir haben einen Teil der Menschen aus Schwarzafrika – Kamerun und Kenia – aufgenommen. Dabei handelt es sich überwiegend um junge Frauen und das klappt verhältnismäßig gut, auch in den Integrationskursen. Außerdem kommen zu uns auch Tschetschenen und diese sind anstrengender.

„Etwas anstrengender“?

Nicht die Kinder. Die gehen zur Schule – aber die Männer ... die wollen das kleine Kalifat errichten. Ich bin, was Religion betrifft, sehr tolerant. Soll doch jeder glauben, woran er will! Aber Tschetschenen sind streng gläubig und

religiöser als die Afghanen und Syrer. Das ist mir sehr deutlich aufgefallen.

Es heißt im Text zum Film, Sie würden bei Ihren Bemühungen um Integration immer wieder an Grenzen stoßen und fühlten sich zudem von Bundes- und Landespolitik im Stich gelassen. Können Sie das bitte näher ausführen?

Es ist ganz einfach. Wenn man sich von Seiten der Bundes- und Landesregierung entscheidet, Menschen aufzunehmen unter der Prämisse des Förderns und Forderns, dann müssen für die Menschen, die wollen, auch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Sie müssen die Möglichkeit haben, zur Schule zu gehen und sofort mit dem Lernen beginnen zu können. Es kann nicht sein, dass man sie erst einmal ein Jahr herumhängen lässt. Das ist ein kaum wieder gut zu machender Fehler! Nach drei Jahren sollten die jungen Neuankömmlinge im entsprechenden Alter Deutsch können und eine Ausbildung haben und dann müssen sie auch eine Bleibeperspektive haben, selbst dann, wenn sie nicht unbedingt „Einzelverfolgte“ sind. Anstatt im Bundestag ein „Fachkräftezuwanderungsgesetz“ auf den Weg zu bringen, wäre es sinnvoll, sich auf die Menschen zu konzentrieren, die schon einmal da sind, und diesen die Wege zu ebnet.

Im Film fehlen Positivbeispiele aus Templin. Welche gibt es?

Zwei junge Männer aus Afghanistan haben jetzt erst im September ihre Prüfung als Straßenbauer erfolgreich geschafft. Die gesamte Ausbildung dauerte nur zwei Jahre – die Ausbildung ist nicht ganz so anspruchsvoll wie die komplette Ausbildung zum Straßen- und Tiefbauer. Aber jetzt haben die Männer eine vernünftige Facharbeiterausbildung und Straßenbauer werden gebraucht. Da muss man nicht viel diskutieren.

Müsste die Ausbildung auf die Klientel zugeschnitten werden?

Wer in Afghanistan nur zwei Jahre auf der Dorfschule war und als Analphabet hierherkommt, kann keine vierjährige Mechatroniker-Ausbildung durchlaufen. Das passt nicht. Wir müssen mehr niederschwellige Qualifikationen anbieten, damit diese jungen Männer zum Beispiel im Straßenbau arbeiten können. Das betrifft auch den Tiefbau oder die Landwirtschaft – vieles kann man auch angelernt machen.

Wir sprechen jetzt – wie Sie formulierten – über die „die wollen“. Was ist mit den anderen?

Nach drei Jahren muss man dann auch konsequent sein. Wer sich nicht um das Erlernen der Sprache und um Ausbildung bemüht hat, für den ist die Perspektive in der Heimat wohl besser. Ich bin für Unterstützung, Hilfe, aber auch wohlwollenden Druck. Es gibt auf der einen Seite Leute, die am liebsten alle im Mittelmeer ertrinken lassen wollen und dann die, die am liebsten jede junge Frau und jeden jungen Mann, der zu uns kommt, in Watte packen möchten. Das geht auch nicht! Es müssen einfach Forderungen an die jungen Menschen gestellt werden, aber diese wiederum müssen auch realistisch und erfüllbar sein. Die meisten kennen das System nicht, sie brauchen Anschlag und Hilfe, aber sie haben einfach eine Chance verdient. Wer aber partout nicht will ...

Es gibt sicher auch problematische Fälle von Anfang an.

Unter so vielen Menschen sind immer ein paar Kriminelle, das sind vielleicht drei oder vier Prozent. Ich kann da keine Zahlen nennen, nur so viel: Es ist eine sehr kleine Gruppe. Nicht tausende, wer von Tausenden spricht, betreibt Politmache. Auf jeden Fall gehört diese Gruppe zügig abgeschoben.

Ihr Fazit als Bürgermeister?

Was den Alltag betrifft, sind die einst diffusen Ängste einem Arrangement gewichen. Man kommt miteinander zu recht, Enttäuschungen gab es dagegen auf dem Arbeitsmarkt, weil man von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Die Vorstellungen, dass da Leute mit vollständig abgeschlossener Schulausbildung kommen, denen man dann nur noch eine Ausbildung angeeignet lassen müsste ... das war ein Trugschluss in Politik und Wirtschaft. Wo es aber sehr gut geklappt hat und klappt, das sind die Schulen und Kitas. Wir haben pro Klasse eines bis maximal zwei Kinder von Asylbewerbern und sind dafür kritisiert worden: Wir sollten sie doch bitte alle in einer Klasse konzentrieren. Anderswo hier in Brandenburg wurde das gemacht und das Ergebnis zeigt: Unser Weg ist der richtige.



Renten-Ungerechtigkeit setzt sich 30 Jahre nach dem Mauerfall fort

Sozial-Skandal des Monats

Auch nach 30 Jahren werden die Ostdeutschen noch systematisch bei der Rentenberechnung benachteiligt. Ein erarbeiteter Rentenpunkt ist im Osten weniger wert als im Westen. Diese Gerechtigkeitslücke ist zwar kleiner geworden, aber immer noch da. Jahrzehntlang haben Rentnerinnen und Rentner wegen dieser Ungerechtigkeit viel Geld verloren!

Die meisten Menschen in Sachsen sterben laut dem Statistischem Landesamt im Alter von 65 bis 85 Jahren. Wer vor 2000 in Rente ging, hat also nur eine geringe Chance, die Renteneinheit zu erleben. Das ist nicht hinnehmbar. Deshalb kämpfen wir weiterhin für die unverzügliche Angleichung der Rentenwerte. Die Kosten dafür sind aus Steuermitteln zu finanzieren. Die Regierenden wollen die Angleichung erst 2025 erreichen, mit 35 Jahren Verzögerung – ein bleibender Skandal!

Dabei gehen mittlerweile Menschen in Rente, die den Großteil ihrer Erwerbstätigkeit nach 1990 geleistet haben. Ihnen ist nicht zu vermitteln – nachdem viele für dieselbe Arbeit schon weniger Geld erhalten haben

als Westkolleginnen und -kollegen –, weshalb eine in Sachsen verdiente Mark oder ein in Sachsen verdienter Euro bei der Rentenberechnung noch bis 2025 weniger wert sein soll als eine in Baden-Württemberg verdiente Mark oder ein in Baden-Württemberg verdienter Euro.

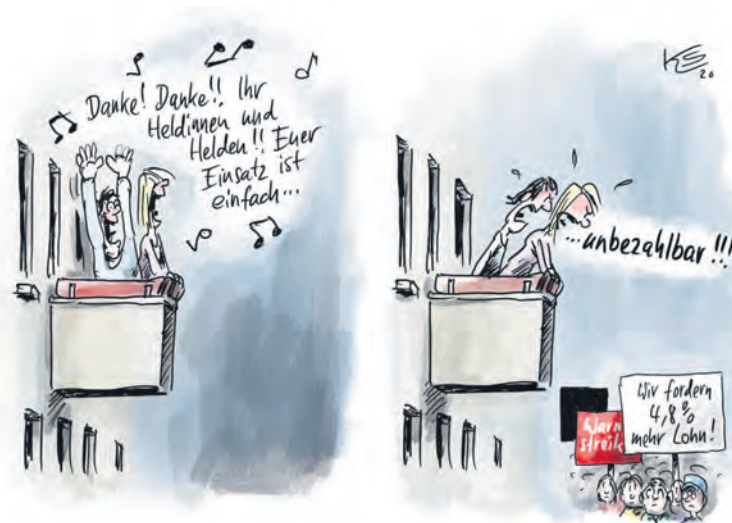
Die sächsische CDU hat damit kein Problem, sie behauptet sogar felsen-

fest, dass die Lebenshaltungskosten im Osten niedriger seien. Schaut man sich aber die Mieten in Dresden und Leipzig an, zieht dieses Argument schon lange nicht mehr. Und ob man das Stück Butter im Discounter in Saarbrücken oder in Chemnitz kauft, macht ebenfalls keinen Unterschied.

Es gibt weitere Ungerechtigkeiten. So werden in der DDR geschiedene

Frauen immer noch nicht dafür entschädigt, dass man ihnen seit 1990 eine gerechte Altersabsicherung vorenthält. Auch ehemalige Krankenschwestern, Bergleute, Angehörige der Reichsbahn und der Deutschen Post der DDR, Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens, Land- und Forstwirte, Handwerker sowie Angehörige des öffentlichen Dienstes, der Armee, der Polizei und des Zolls, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortgesetzt haben, werden leer ausgehen. Sogar in den Westen geflüchtete DDR-Bürger sind von dieser Ungerechtigkeit betroffen. Es ist zynisch, dass die Regierenden offenbar auf eine „biologische Lösung“ setzen.

Ein zur Debatte stehender Härtefallfonds kann nicht als Lösung dienen, da dieser nur denen zugutekommt, deren Einkommen im Rentenalter insgesamt unter 811 Euro liegt. 98 Prozent der Menschen gehen somit leer aus, obwohl sie jahrzehntlang Beiträge eingezahlt haben. Mit alledem finden wir uns nicht ab – DIE LINKE ist und bleibt die einzige Partei, die sich für die Interessen der Ostdeutschen einsetzt.



Deutschland einig Vaterland ...

Deutschland hat am 3. Oktober 2020 viele Feierlichkeiten erlebt. Die Gemütslage der Deutschen an diesem Tag mag verschieden sein: Für Junge ist der Tag nur mehr Tradition. Manche werden immer noch den Verlust ihrer politischen, biographischen, sozialen, ökonomischen usw. Heimat bedauern. Dafür gibt es Gründe, die waren vor 30 Jahren vielleicht noch gar nicht so absehbar, weshalb sie jetzt auch vermehrt aufkommen und nicht selten mit Enttäuschungen verbunden sind. Andere feiern gewonnene Freiheit. War es Vereinigung oder Anschluss? Darüber wird gestritten. Sei es, wie es sei. Was darauf alles folgte ist heute Wirklichkeit, bedrückende und erfreuliche, für jede*n in unterschiedlichem Ausmaß.

Der Fall der Berliner Mauer hatte jedoch nicht nur das geeinte Deutschland zum Ergebnis, sondern noch sehr viel weiterreichende Konsequenzen: das Verschwinden des „Sozialistischen Weltsystems“ aus der Geschichte. Damit wurde die Deutsche Einheit zu einem Sonderfall. Trennung war vielmehr und vielfach angesagt. Die ganze Dialektik des Verhältnisses von Einheit

und Trennung wird am Beispiel der Europäischen Union deutlich. Die damalige Union Westeuropas konnte nicht schnell genug ihr Angebot auf Aufnahme der ehemaligen sozialistischen Staaten in die Welt setzen. Diese wiederum zeigten beflissen ihre Bereitschaft dazu. Der Vollzug ließ nicht lange auf sich warten. Achtundzwanzig Staaten bildeten schließlich die Europäische Union – angeblich eine Gemeinschaft, verbunden durch gemeinsame Werte. War aber offensichtlich nicht ganz so.

Es erlebten die Menschen der verschiedenen Regionen Europas einen Zusammenstoß der Kulturen, des gelebten Alltags und eines sozialen Gefalles in der vergrößerten Union. Die Illusion der Verbreitung westeuropäischen Wohlstandes in allen Mitgliedstaaten scheiterte schlicht am Profitstreben eines entwickelten Kapitalismus, der sich mit der europäischen Einigung seinen gewinnträchtigen Hinterhof mit den dort ansässigen Menschen schaffen konnte. Die Folge: Zu sehr werden zwei verschiedene Europa mit ihrer verschiedenen Leistungsfähigkeit, ih-

rem unterschiedlichen Leistungswillen und deutlich differenzierten Wert- und Demokratievorstellungen erlebt. Die politische Einigung ist am Zerbrechen. England ist schon gegangen. Die NATO hält nun alles zusammen und schuf und fand dafür vor allem mit Russland und China unwillige, aber überzeugende Gegner.



Was der Hegemonie der alten Länder der EU und NATO im Wege stehen konnte, wurde schnell zu eliminieren versucht. Ein großes Hindernis war eine Chance zugleich war das multiethnische und multinationale Jugoslawien. Hindernis, weil es die Idee der Blockfreiheit als Vermächtnis Titos politisch repräsentierte, Chance, weil die ethnischen und nationalen Egoisten die Einheit des Staates nicht mehr wollten. Man feiert heute in Jugoslawien die durch den Zerfall jeweils gewonnene, weitgehend machtlose Selbstständig-

keit. Man streitet um endgültige Grenzziehungen und wenn es auch nur um ein paar Schluck Meerwasser wie zwischen Slowenien und Kroatien geht. Die Trennung Tschechiens und der Slowakei ging noch weitgehend reibungslos vor sich. Der Rest sind Tragödien. Die Auflösung der Sowjetunion hat zum Beispiel Bergkarabach, Transnistrien, Abchasien und Südossetien als Beispiele des Zusammenstoßens von kleinräumig angelegten Unabhängigkeitsbestrebungen mit größer gedachten regionalstaatlichen Ansprüchen gebracht. Grenzziehungen und territoriale Zugehörigkeiten werden, wie zwischen der Ukraine und Russland, in Frage gestellt. Aber auch Spanien ist aufgewühlt von neu erwachten Unabhängigkeitsbewegungen in Katalonien und im Baskenland. Kurden wollen sich endlich von türkischer Unterdrückung befreien. Das könnte das Ende Syriens bedeuten. Ungarn träumt von seinen Grenzen vor dem Ersten Weltkrieg.

Der Gedanke des Nationalstaates feierte und feiert also nach 1990 Urständ, allerdings selten fröhliche. Es sollte jedoch dieser Gedanke selbst angesichts der mit ihm unlösbar verbundenen Konflikte endlich zusammenbrechen und ihm ein Konzept des Zusammenlebens mit Gewinn aus den Unterschieden folgen. Das sinnlose Aufbäumen ethnisch-nationalen Renommierens könnte doch auch dessen Ende beschleunigen!

Lausitz und 5G

Kathrin Kagelmann zur ökologischen Konferenz in Hoyerswerda

Mehr an Bildschirmen dabei als vor Ort – ein fast schon normales Fazit in Coronazeiten. Die digitalen Erfahrungswerte, die Partei gerade sammelt, erweisen sich als Riesenchance, besonders im ländlichen Raum größere Reichweiten mit inhaltlichen Angeboten zu erzielen. Dabei mutet es fast anachronistisch an, dass wir in Hoyerswerda über die fünfte Mobilfunk-Generation diskutieren, die in der Lausitz an mehreren Standorten getestet werden soll, und es bei der Live-Übertragung immer wieder technische Probleme gab. Wo digitale Tafeln an Schulen noch Zukunftsmusik sind und Betriebe an der holprigen Datenübertragung verzweifeln, wäre schon ein funktionierendes 4G-Netz ein Fortschritt und die Begeisterung über 5G sicher größer.

Nichtsdestotrotz spiegelte die Konferenz recht gut, was beim Thema Digitalisierung allgemein und in einer Strukturwandelregion im Besonderen schief läuft. Zwei Stadträte kritisierten, dass sie sich zum ersten Mal überhaupt umfassend zum Thema 5G informieren konnten, obwohl im Stadtrat die Investitionen im Business Park Hoyerswerda als einem der drei Testfelder für die 5G-Anwendungsgebiete Fliegen und Bauen bereits geplant werden. Zwar gab es in der Vergangenheit Auftritte der beteiligten Forschungseinrichtungen. Die aber reagieren gerade nicht auf die gesellschaftliche Dimension von Digitalisierung, weshalb in Teilen der Bevölkerung Fragen überwiegen – etwa ob und wann flächendeckend ausgebaut wird und welche Auswirkungen das dichte Netz

von Funkmasten auf die Gesundheit hat oder ob die in Aussicht stehenden Arbeitsplätze überhaupt arbeitsmarktstabilisierend wirken können.

Zwar wurde mit Hinweis auf Studien Ängsten entgegengetreten und beim Arbeitskräftepotenzial auf positive Erfahrungen aus dem Ruhrpott verwiesen. Fest steht aber: Ohne aktive Aufklärung wird die Zahl der Bürgerinitiativen gegen 5G weiter wachsen. Etwas „Wasser in den Wein“ gab es für alle technikaffinen Zuhörer: Die in Hoyerswerda und Welzow betriebene Forschung zu 5G dient allein der Maschine-zu-Maschine-Kommunikation im industriellen und agrarischen Bereich. Da geht es um die Revolutionierung des Bauens durch ferngesteuerte Bagger oder die drohngestützte Flächenvermessung, um bodenschonende Feldroboter in der Landwirtschaft oder autonomes Fahren im Betrieb. Für private Anwendungen reicht die aktuelle 3- oder 4G-Technologie aus. Aber gerade industrielle Anwendungsfelder und die Begleitforschung dürften gut ausgebildete Menschen ansprechen, die dafür künftig gezielt in die Lausitz kommen werden.

Die Sicherung der Energieversorgung von morgen war Gegenstand des zweiten Teils der Konferenz. In der Diskussion wurde einmal mehr sichtbar, wie tief im jahrzehntalten Meinungsstreit fossile versus regenerative Energien der mutlose Sing-Sang von der „Sonne, die nicht immer scheint und dem Wind, der nicht immer weht...“ verin-

nerlicht wurde. In der Lausitz graben die größten beweglichen Maschinen der Welt seit Jahrzehnten die Erde um, eine ingenieurtechnische Ausnahmeleistung ostdeutscher Maschinenbauer. Aber dass heute im Zeitalter der Digitalisierung unterschiedlich anfallende Leistungen von Windrädern und Solaranlagen computergesteuert zu einem virtuellen Kraftwerk gekoppelt werden, das so auch die Grundlast erbringt, halten immer noch viele für Träumerei. Anhand politischer Fehlsteuerungen im Erneuerbare-Energie-Gesetz und seinen Novellierungen wurde überdeutlich, dass Deutschland als einstiges Energiewende-Vorzeigeland inzwischen den Ausbauboom bei Erneuerbaren ausgebremst, damit mehrere zehntausend Arbeitsplätze vernichtet und die Akzeptanz für Wind, Sonne und Co. abgewürgt hat.

Dass ausgerechnet Sachsen, das beim Kampf gegen die Erneuerbaren Energien Klassenprimus im Bund ist – 2020 ging bisher gerade mal ein Windrad ans Netz – jetzt über das Strukturstärkungsgesetz mit Steuergeldern in Milliardenhöhe belohnt wird, erscheint fast zynisch. Nötig ist das Geld allemal, wie es ambitionierte Ausbauziele bei Sonne, Wind und Co. braucht, wenn die Pariser Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Und bis dahin darf jeder, der seine persönliche Energiewende schneller voranbringen will, schon mal bei Energiegenossenschaften – beispielsweise bei der LausitzerNaturEnergie e.G. – einsteigen.

Neues aus dem Landesvorstand

Am 2. Oktober tagte der Landesvorstand. Unter anderem wurden die OB-Wahlen in Zwickau und Hoyerswerda sowie der erste Wahlgang in Chemnitz ausgewertet. In Hoyerswerda freuten sich die Genoss*innen über das starke Abschneiden von Dorit Baumeister, die in einem Bündnis von LINKEN, Grünen und einer lokalen Wähler*innenvereinigung kandidierte und im zweiten Wahlgang 33,4 Prozent erzielte. Neben der OB-Wahl in Zwickau, bei der für uns dankenswerter Weise Ute Brückner kandidierte, wurde auch der erste Wahlgang der OB-Wahl in Chemnitz besprochen. Es zeigten sich viele Zuversicht, dass es bei Susanne Schaper im zweiten Wahlgang spannend werden wird.

Auch aus den politischen Räten wurde berichtet. Die Grundsatzkommission traf sich am 23. September das erste Mal in Chemnitz und hat sich unter reger Beteiligung ihrer Mitglieder konstituiert. Das erste Treffen des Landesforums Arbeit war seitens der Gewerkschaften sehr stark besetzt. Unter anderem referierte Markus Schlimbach über die Herausforderungen aus Arbeitnehmer*innenperspektive. Berichtet wurde von der Konferenz „Zukunftsregion Lausitz – Was nach der Kohle kommt“, von der auch ein Videomitschnitt verfügbar ist. Ferner gab es einen kurzen Input zum Tätigkeitsbericht der Landesinklusionsbeauftragten, der sich auch im Antragsheft 2 der 3. Tagung des 15. Landesparteitages findet.

Die Landesgeschäftsführerin informierte darüber, dass bald eine große Mitgliederbefragung stattfinden wird. Alle Genoss*innen, die eine Mailadresse hinterlegt haben, bekommen den Fragebogen auf diesem Wege. Alle anderen erhalten ihn per Post. Den größten Teil nahm jedoch die Vorbereitung des Landesparteitages und insbesondere die Befassung mit den Änderungsanträgen ein.

• Tilman Loos

durch Sachsen, mitsamt ihren Panzerzügen über Mittweida und zum Auftanken nach Frankenberg. Ich habe bei der Bundeswehr schriftlich nachgefragt, ob die Panzer und die Ausrüstung wieder zurück in die Ausgangslager transportiert werden. Die Antwort war: „Wir wissen es nicht.“ Bisher sind nach allen Manövern, die von Frankenberg aus organisiert wurden, alle Ausrüstungen, also auch Waffen, Munition, Panzer und Raketen, in Litauen, Estland und Lettland verblieben. So wird heimlich ein Krieg vorbereitet. Wir fordern: Keine Truppentransporte, keine Panzerzüge der US-geführten NATO durch Sachsen! USA-Militär raus aus Deutschland! NATO raus aus Deutschland!

• Regina Silbermann

75 Jahre Atombombe auf Hiroshima

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung eines Redebeitrags bei einer Veranstaltung der LAG „Deutsch-Russische Freundschaft“, die auch inhaltlich für den Beitrag verantwortlich zeichnet.

Wir protestierten vor der Kaserne in Frankenberg gegen den Abwurf der ersten Atombombe vor 75 Jahren über Hiroshima. Die Militärs der USA nannten diese Bombe, obwohl oder weil sie über dessen Wirkung Bescheid wussten, „Das Baby“ oder „Little Boy“. Dieser Zynismus und diese Boshaftigkeit sind von nichts zu übertreffen. Die Bombe tötete sofort tausende Menschen, tausende weitere wurden verletzt. Unzählige, die auch Jahre danach geboren wurden, leiden an Verstümmelungen. Drei Tage nach dem Abwurf schlugen die USA noch einmal in Nagasaki zu.

Der Abwurf beider Bomben wurde damit begründet, dass Japan nicht alle Kapitulationsbedingungen der Amerikaner anerkennen wollte. Japan wollte das Kaisertum nicht abschaffen und keine Besetzung des Landes mit USA-Truppen dulden. Die USA hätte eine Invasion gegen Japan führen müssen. Diese bedurfte von US-Seite einer längeren Vorbereitungszeit und hätte auch den Tod

von Soldaten bedeutet. Deshalb lag den USA viel daran, dass die Sowjetunion schnell eine zweite Front, die gegen Japan, eröffnet. Die Sowjetunion brachte dann auch in kürzester Zeit Soldaten an ihrer Südostküste in Stellung. Das gefiel aber dem US-Generalstab gar nicht – sie ließen ihre Wunderwaffe von der Kette. Die offizielle Begründung dafür war: Wir wollten so den Krieg schneller beenden. Das klang human, war aber ein großer Bluff.

Jetzt gibt es Wasserstoffbomben, Neutronenbomben, Trägerraketen mit Mehrfachsprengköpfen und vieles andere. Wasserstoffbomben verstrahlen die Menschen und Gebäude nicht mehr – aber die Menschen sterben. Es gibt auch schwach nuklear angereicherte Bomben, diese haben die USA schon im



Jugoslawienkrieg eingesetzt. Die USA haben eine 100 Zentner-Bombe entwickelt, die die 600-fache Wirkung der Hiroshima-Bombe hat. Mitten in Deutschland liegen 20 Atombomben, die eine mindestens 10-fache Wirkung gegenüber der Hiroshima-Bombe haben. Sie gehören der USA. Damit die Bomben an ihr Ziel transportiert werden können, hat die Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer Flugzeuge in den USA geordert, die zehn Milliarden kosten.

Diese Bomben sollen auf den Feind der USA geworfen werden. Wer ist der Feind? Als es noch zwei Gesellschaftssysteme gab, war es die Sowjetunion, jetzt sind es Russland und China. Von diesen beiden Ländern fühlen sich die USA in ihrer Weltmachtstellung bedroht. Die ständige Hetze, Falschmeldungen, Falschdarstellungen und Diffamierungen gegenüber Russland und China sind Ausdruck einer Feindschaft. Militärisch wird das deutlich an den Manövern direkt an der russischen Grenze. Für DEFENDER 2020 sollten 34.000 US-amerikanische Soldaten zur Kriegsübung quer durch Deutschland und durch Sachsen bis an die russische Grenze transportiert werden. Es kamen dann 22.500 US-amerikanische Krieger zum Üben

Leserbriefe

Zu „Wir haben neue Landesinklusionsbeauftragte“, *SachsensLinke! 07-08/2020, S. 4*

Herzliche Einladung nach Freiberg für die neuen Landesinklusionsbeauftragten

Mit Interesse haben wir (mein Ehemann Dr. Johannes Kretzer und ich, beide Mitglieder der Partei DIE LINKE) diesen Artikel gelesen. Seit September 2001 betreiben wir ein Inklusionsunternehmen (damals noch Integrationsprojekt genannt). Unsere Hotel Regenbogenhaus gGmbH (Gesellschafter ist der Regenbogenhaus e. V.) wird im nächsten Jahr 20 Jahre alt. Diesem Ereignis streben wir entgegen und wurden durch Corona gestoppt. Wir beschäftigen elf Mitarbeiter mit Behinderung (Arbeitsvertrag), die von vier Fachkräften angeleitet und unterstützt werden. Es ist unser Wunsch, dass sich die neuen Landesinklusionsbeauftragten in unserem Hotel umschauen, um Informationen zu erhalten, die im Sinne der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen genutzt werden können. Dazu laden wir recht herzlich ein.

Für uns ist auch spannend zu erleben, wie Birger Höhn als Autist sich dieser Aufgabe stellt. Unsere Berufsbildung absolvieren gegenwärtig zwei junge Frauen aus der Freitaler Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung, eine ist auch Autistin.

Wir haben unsere Homepage erneuert und weiterentwickelt, die auch von einem Mitarbeiter mit körperlichen Einschränkungen gepflegt wird: <https://regenbogenhaus.de/>. Dort stellt sich auch unser Verein vor, der sich im Dezember 1997 gründete, dessen Vorsitzende ich noch immer bin. Johannes, mein Ehemann, ist ehrenamtlicher Geschäftsführer seit Dezember 2001. Sicher einmalig bei uns in Freiberg, vielleicht in Sachsen?

Wir erwarten euch zu einer Führung oder einem Meeting, unser Hygieneplan ist aufgestellt und wird umgesetzt. Noch sind unsere Mitarbeiter in Kurzarbeit. Wir hoffen auf einen Aufschwung im September. Alle Übernachtungen und Feierlichkeiten, die unsere Gäste bei uns buchen, lassen uns hoffen.

• *Ruth und Johannes Kretzer, Freiberg*

Zu „Willkommen in der Realität“, *Sachsens Linke! 07-08/2020, S. 5*

Deutlich stärkere außerparlamentarische Arbeit nötig

Es ist schön, dass René Lindenau gegen eine einseitige Parlamentsfixierung ist. Leider schreibt er nicht, wo er bei Uwe Schnabel „Unsachlichkeiten und Unterstellungen“ und Unterschiebungen von Aussagen gefunden hat. Alles, was Uwe Schnabel kritisiert, bestätigt René Lindenau ausdrücklich, sogar als seine eigene Meinung, während Uwe Schnabel nur schrieb: „im Artikel von René Lindenau“, also unabhängig davon, ob das eine eigene Meinung oder ein indirektes Zitat war. Selbst seinen Vergleich zwi-

schen AfD und ANTIFA wiederholt er. Dabei schreibt er von einer „rissigen Argumentationskette“, verschweigt aber, dass die AfD sehr wohl die parlamentarische Arbeit nutzt, während umgekehrt es gerade viele Kommunist*innen, Basisdemokrat*innen und Anarchist*innen sind, die sie kritisieren. Auf welcher Seite steht also jener Genosse und warum wird er von René Lindenau in die entgegengesetzte Ecke gestellt? Dass Uwe Schnabel ihm „aus der Ferne die Unterstützung einer ‚Parlamentsfixierung‘“ vorwirft, konnte ich dagegen nirgends finden. René Lindenau wehrt sich gegen „Unsachlichkeiten und Unterstellungen“ und Unterschiebungen von Aussagen und fordert, einen Beitrag auch zu verstehen. Es wäre schön, wenn er sich auch selbst somit daran hält. Noch kurz zu den inhaltlichen Punkten: Haben wir LINKEN in der Bundesregierung den Mindestlohn durchgesetzt oder wegen des starken außerparlamentarischen Drucks? Hätte es den Mietendeckel ohne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gegeben? Wer war in der Landesregierung bei der Privatisierung von Wohnungen? Warum hat Rot-Rot-Grün in Thüringen die Mehrheit verloren und haben wir in anderen Ländern, wo die LINKE an die Regierung wollte, viele Stimmen eingebüßt? Und könnte der Mangel an kompetenten Bewerber*innen auch daran liegen, dass mögliche Interessierte nicht ausreichend gefördert und fortgebildet werden und deshalb Kompetenz sich auf wenige Personen konzentriert? Warum muss Einbeziehung unbedingt Amt oder Mandat bedeuten? Werden Personen ohne Amt oder Mandat nicht einbezogen?

Ich bin mit René Lindenau einig, dass es eine deutlich stärkere außerparlamentarische Arbeit braucht, die ich entsprechend meines Alters und damit verbundener schwacher Kräfte auch selbst aktiv unterstütze.

• *Rita Kring, Dresden*

Zum geplanten US-Truppenabzug

Warum sorgt das für Ärger?

Endlich besteht eine reale Chance, Deutschland als Zentrum für Abrüstung und Frieden zu gestalten. Es ist an der Zeit, die politische Fokussierung auf das militärische Bündnis mit den USA aufzugeben und die Notwendigkeit und den Auftrag der NATO kritisch zu hinterfragen. Warum dieser hilflose Aufschrei und verbiesterte Stellungnahmen von Politikern auf die Ankündigung von Trump über einen geplanten Truppenabzug, anstatt die sich bietende Gelegenheit für ein entmilitarisiertes und atomwaffenfreies Deutschland und Europa tatkräftig zu nutzen? Hier könnte, nein müsste der an die Europäische Union verliehene Friedensnobelpreis endlich in der Praxis eine Erfüllung finden. Der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Willy Wimmer äußerte sich in einem Interview zum US-Abzug: „Das kann man ja nur begrüßen, ...“ Im Gegensatz

dazu will Frau Kramp-Karrenbauer nuklearwaffenfähige US-Kampfflugzeuge für fast neun Milliarden Euro anschaffen. Welch ein Wahnsinn! Es sollten sich doch endlich verantwortliche Politiker in der Regierungskoalition und im Europäischen Parlament finden, die ideenreich und konsequent sowie mit diplomatischem Geschick eine gesamteuropäische Gemeinschaft der Friedenswilligen begründen. Eine Friedenskonferenz muss die gefährliche Osterweiterung der NATO und auch die Stationierung der Bundeswehr im Baltikum beenden, aber vor allem ernsthaft eine Einbeziehung Russlands in ein europäisches Sicherheitssystem zum Ziel haben. Die gegenwärtige Fixierung und Pflege antiquierter Feindbilder muss aufgegeben werden.

• *Raimon Brete, Chemnitz*

Zu „Schluss mit der Trickserei!“, *Sachsens Linke! 07-08/2020, Seite 1*

Sammelklage gegen Hartz IV-Regelsätze ist nötig

Leider kann DIE LINKE im Bundestag von der Oppositionsbank keinen wirklichen Einfluss auf die zu beschließende Höhe der Hartz-4-Regelsätze nehmen, zumal sie auch für eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Neuberechnung der Hartz-4-Regelsätze mit einer nicht ausreichenden Anzahl von Abgeordneten im Bundestag sitzt und die Grünen wie schon vor fünf Jahren mauern werden, anstatt zusammen mit der Linken diese Normenkontrollklage einzureichen. Vielleicht könnte die Linke eine jetzt mögliche Musterklage einreichen. Weil die Politik große Angst vor einer schlagkräftigen Justiz hat, welche zu Gunsten der Kläger für den Staat sehr teure Urteile fällen könnte, gibt es in der BRD bis jetzt keine Möglichkeit für Sammelklagen wie in den USA. Einer solchen könnten sich hunderttausende Hartz-4-Empfänger anschließen, wobei sich jeder klagende Hartz-4-Empfänger z. B. mit 10 Euro beteiligen könnte, so dass dann der erforderliche Geldbetrag zusammenkäme, um damit ein Staranwaltskollektiv einspannen zu können. Dieses könnte beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Vollstreckungsanordnung zur sofortigen Erhöhung des Hartz-4-Regelsatzes auf mindestens 60 Prozent des in der BRD verfügbaren Nettodurchschnittsverdienstes bei gleichzeitiger Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung, Bedarfsgemeinschaften und Sanktionen stellen, mit dem nicht mehr negierbaren Beweis, dass die jetzigen Hartz-4-Regelsätze viel zu niedrig sind und insbesondere bei einem langjährigen Bezug beispielsweise die Reparatur bzw. den Ersatz von teuren und langlebigen Bedarfsgegenständen wie Bett bzw. Matratze, Sitzmöbel, Waschmaschine oder Fernseher sowie die Kosten für den Lebensunterhalt nicht vollständig abdecken. Hiervon können beispielsweise die nach ab 1961 geborenen Erwerbsminderungsrentner bei einem sehr frühzeitigen Eintreten der Erwerbsminderung profitieren, bevor

Sagt uns, wie es steht – große Mitgliederbefragung in Sachsen

Hast Du Dich schon einmal gefragt, warum DIE LINKE ist wie sie ist? Und ob sie nicht an der einen oder anderen Stelle anders, vielleicht sogar ein bisschen besser sein könnte? Eine gute Frage – die wir als Landesverband nun gemeinsam beantworten wollen. Dafür brauchen wir aber die Antworten von allen Einzelnen – also auch von Dir.

In der nächsten Zeit wird Dir via Mail oder Post ein Fragebogen zugehen. Dabei geht es darum zu erfahren, wie wir besser miteinander kommunizieren können, wo Verbesserungsbedarf besteht oder es besonders gute oder auch schlechte Erfahrungen gab und wie wir gemeinsam ein Parteileben gestalten, in dem sich alle wohlfühlen und sich alle beteiligen können. Wir bitten Dich also herzlich, Dir die Zeit zu nehmen, um die Fragen zu beantworten.

• *Janina Pfau, Landesgeschäftsführerin*

die für die Grundrente erforderlichen 35 Rentenbeitragsjahre überhaupt erreicht werden konnten. Die Erwerbsminderungsrente liegt sonst unterhalb des Hartz-4-Regelsatzes und bei der Aufstockung mit Hartz 4 nach SGB 12 wird Erwerbsminderungsrente ohne Freibeträge voll angerechnet, so dass diese im Ergebnis mit einem Gesamteinkommen nur in Höhe des Hartz-4-Regelsatzes über Jahrzehnte hinweg dauerhaft ihren gesamten Lebensunterhalt finanzieren müssen. Analog sind die Verhältnisse bei Altersrentnern, wenn diese wegen langer Arbeitslosigkeit, die nicht als Rentenbeitragsjahre gezählt wird, die für die Grundrente erforderlichen 35 Rentenbeitragsjahre nicht erreichen konnten.

• *Ulrich Neef, Plauen*

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin

DIE LINKE, Sachsen

Verleger

DIE LINKE, Sachsen, Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Der Bezugspreis ist im Partei-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Papieraussgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus gedruckt. **Der Redaktion gehören an:**

Janina Pfau (V.i.S.d.P., Anschrift s. o.), Tilman Loos, Kevin Reißig, Ralf Richter

Kontakt und Bestellungen:

aboservice@links-sachsen.de

Telefon 0351-8532743

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 28.09.2020

Die basisdemokratische Revolution zur Erneuerung der DDR, die auf friedlichem Wege die zentralistischen Strukturen überwinden wollte und für einen demokratischen Sozialismus eintrat, hatte auch die SED in starkem Maße erfasst. Während Zentralkomitee und Politbüro monatelang schwiegen und die Grundorganisationen der Partei dem enormen Druck sowohl der eigenen Mitglieder als auch der Straße ausgesetzt waren, verließen einerseits Hunderttausende die bis dahin 2,3 Millionen Mitglieder umfassende Partei. Andererseits forderten große Teile der Mitglieder die Ablösung der Parteiführung, einen grundlegenden Wandel der Führungsstrukturen und eine Gesellschaftspolitik, die den objektiven Erfordernissen einer vom gesamten Volk getragenen demokratischen Entwicklung des Sozialismus entspricht.

Nachdem Generalsekretär Erich Honecker und sieben Wochen später sein Nachfolger Egon Krenz sowie das Zentralkomitee und Politbüro zurückgetreten waren, hatte der von der Partebasis erwungene Außerordentliche Parteitag am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in heftigster Auseinandersetzung die Auflösung der Partei abgelehnt und den „unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus als System“ sowie ein neues Parteiprogramm und Statut beschlossen. Es erfolgte die Wahl eines neuen Parteivorstandes, einer Zentralen Schiedskommission und die Namensannahme SED-PDS. Ziel der PDS – die sich als „marxistische sozialistische Partei“ verstand, deren „theoretische Grundlage der Marxismus“ ist – war laut Statut „ein neuer menschlicher, demokratischer Sozialismus in der DDR, jenseits von Profitwirtschaft, Ausbeutung und administrativ-bürokratischem Sozialismus. Sie wirkt für den sozialistischen Rechtsstaat DDR“. Zugleich legte das Statut fest, dass die Zentrale Schiedskommission für die Einhaltung des Statuts der Partei und der Gesetze der DDR durch alle Mitglieder tätig ist. Sie untersucht „a) Verstöße gegen das Statut der Partei durch ehemalige und jetzige Mitglieder; b) bearbeitet Anträge auf Rehabilitierung von ehemaligen und jetzigen Mitglieder der Partei; c) prüft und entscheidet die Einsprüche gegen Beschlüsse der Grundorganisationen über Ausschlüsse aus der Partei; d) kontrolliert die ordnungsgemäße Einziehung und Verwendung der Parteifinanzien und die Nutzung des Parteivermögens.“ Ihre Mitglieder können nicht Mitglieder der Parteivorstände sein.

Der Band „Das Politbüro vor dem Parteigericht“ – gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung – behandelt in Protokollen und Dokumenten den Ausschluß des Politbüros aus der SED-PDS im Kontext der Entwicklung in der DDR am Ende der 80er Jahre durch die nunmehrige Schiedskommission. Vorangestellt sind erhellende Beiträge von Dagmar Enkelmann: „Zum Geleit“; Volkmar Schöneburg: „Ausschluss und Rehabilitierung – ein notwendiger Anachronismus“; Tom Strohschneider: „Abseits eines zu klein gehaltenen Rahmens“ und Gerd-Rüdiger Stephan/Detlef Nakath: „Ich kann mir ja nicht das Leben nehmen“.

Erneuerung der SED-PDS

Prof. Dr. Kurt Schneider empfiehlt den neuen Dokumentationsband von Gerd-Rüdiger Stephan und Detlef Nakath

Die Dokumentation enthält den Beschluss zum Ausschluss von Günter Mittag aus der SED vom 23. November 1989, das Protokoll der letzten Tagung des SED-ZK vom 3. Dezember 1989, den Zwischenbericht der Untersuchungskommission für Amtsmissbrauch und Korruption vom 15. Dezember 1989, das Statut der SED-PDS, die Zusammensetzungen des neuen Parteivorstandes und der gewählten Schiedskommission sowie das Protokoll der Sitzung der Schiedskommission am 20./21. Januar 1990. Den Hauptteil umfasst das ungekürzte Tonbandprotokoll der Anhörungen in der Reihenfolge von Margarete Müller, Joachim Herrmann, Siegfried Lorenz, Kurt Hager, Alfred Neumann, Horst Dohlus, Heinz Keßler, Erich Mückenberger, Werner Jarowinsky, Hans-Joachim Böhme, Günter Schabowski, Inge(burg) Lange, Egon Krenz und Gerhard Schürer am 20./21. Januar 1990, denen jeweils eine Kurzbiografie sowie die Einladungs- und Antwortschreiben beigelegt sind.

Informative Resonanzen enthalten dazu Veröffentlichungen im Neuen Deutschland vom 22./23. Januar 1990, darunter den Beschluss des Parteivorstandes vom 20. Januar 1990 „Erneuerung muß auch in jedem selbst stattfinden“, zur 3. Tagung der Schiedskommission vom 10. Februar 1990: „33 Genossen rehabilitiert – ehemalige Funktionäre der SED ausgeschlossen“ und der „Abschlußbericht der zeitweiligen Kommission des Parteivorstandes zur Untersuchung von Funktionsmißbrauch und Korruption“ vom 22. Februar 1990. Es schließt sich ein Exkurs der Verfahren daneben und danach an – gegen Hermann Axen und Werner Eberlein, die Revisionsversuche von Willi Stoph und Alfred Neumann, der Widerspruch von Egon Krenz am 20. Januar 1990 sowie ein Schreiben von Margot Honecker an den Vorsitzenden der Schiedskommission vom 4. Februar 1990. Der Band endet mit dem Epilog „Absturz der Götter“, verfasst von Peter Kirschey, veröffentlicht im ND vom 21. Januar 2010.

Bevor das ZK am 3. Dezember 1989 zurücktrat, hatte es zuvor zwölf ihrer Mitglieder aus dem ZK und zugleich aus der SED ausgeschlossen, darunter Erich Honecker, Willi Stoph und Erich Mielke. Am 21./22. Januar 1990 schloss die Schiedskommission außer Werner Eberlein und Siegfried Lorenz die eingangs genannten einstigen Politbüromitglieder aus der Partei aus. Die Entscheidungen fielen teils einstimmig, so bei Kurt Hager und Joachim Herrmann, teils mit Stimmenmehrheit wie bei Egon Krenz und Günter Schabowski. Das Verfahren gegen Hermann Axen konnte wegen schwerer Krankheit und Tod nicht abgeschlossen werden.

Auf Grund der bis dahin vollzogenen Erneuerung beschloss der Parteivorstand am 4. Februar 1990 den Parteinamen: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Am 10. Februar 1990 schloss die Schiedskommission sechs ehemalige ZK-Mitglieder, darunter Hanna Wolf, aus der PDS aus. Bis dahin waren durch die Bezirks- und Kreisschiedskommissionen mehr als 1.000 Genossen rehabilitiert worden und 1.587 Entscheidungen zur Aufhebung von Parteiausschlüssen erfolgt.

Insgesamt trägt das Kompendium wesentlich dazu bei, die gravierenden Maßnahmen zur Erneuerung der Partei als unerlässliche Selbstreinigung zu belegen. Das verband sich mit der zum Teil persönlichen Tragik insbesondere jener, die einst aus dem antifaschistischen Widerstandskampf kommend, hohen Anteil an der Gründung der DDR und ihrer zunächst erfolgreichen Entwicklung hatten, jedoch letztlich auch an der gescheiterten Gesellschaftspolitik der SED. Die dramatisch zugespitzte Situation erforderte nicht nur schnelles und grundsätzliches Reagieren, sondern ebenso konstruktives Agieren, um die politische Handlungsfähigkeit der PDS zu gewährleisten. Schuld und Mitschuld waren nicht scharf voneinander abgegrenzt. Auch die Mitglieder der Schiedskommission waren nicht absolut frei von Mitschuld, die mehr oder weniger nahezu auf alle Parteimitglieder zutraf, jedoch insbesondere auf die Parteiführung. Sie hatten in dramatischer Situation abzuwägen und zu entscheiden, weshalb der Buchtitel „Parteigericht“ kritisch zu hinterfragen ist. Es waren statutengemäß korrekt durchgeführte Verfahren, die sich grundlegend von denen der Parteikontrollkommission der SED unterschieden. Der innerparteiliche Klärungsprozess war damit nicht beendet, sondern musste zwingend in der gesamten Partei weitergeführt werden, wozu der Außerordentliche Parteitag und die von ihm gewählte Schiedskommission grundlegend beigetragen hatten.

In diesem Sinne regt der Band zu einem tieferen Nachdenken über Voraussetzungen für linkes parteipolitisches Wirken an. Den Herausgebern und der Lektorin Christine Krauss vom Karl Dietz Verlag Berlin ist für die gründliche editorische Arbeit zu danken.

Gerd-Rüdiger Stephan/Detlef Nakath (Hrsg.). *Ausschluss. Das Politbüro vor dem Parteigericht*. Karl Dietz Verlag, Berlin 2020, 552 Seiten, 49,90 Euro



„Lächel doch mal“, habe der Parteikollege oft vor anderen zu ihr gesagt. Doch nach Lächeln ist der Genossin nicht zumute, wenn sie an die Kommentare zu ihrem Gewicht und ihrer Kleidung denkt. Wenn sie sich daran erinnert, dass der um viele Jahre ältere Mann ihr eine Zeit lang unzählige Chat-Nachrichten mit sexuellen Anspielungen geschickt hat. Und wenn sie sich erinnert, wie abwertend und dominant er sich ihr gegenüber oft verhielt. „Ich habe trotzdem nie daran gedacht, aus der LINKEN auszutreten. Dafür ist mir das Politische zu wichtig“, sagt die sächsische Kommunalpolitikerin.

Die Begebenheit ist leider kein Einzelfall. Als Frau im Politikbetrieb tätig zu sein – ob haupt- oder ehrenamtlich – ist oft kein Spaß. Und das anscheinend unabhängig vom Parteibuch: Anfang 2018 befragte das Portal HuffPost Politikerinnen aus Jugendorganisationen verschiedener Parteien, was sie auf Sitzungen und mit männlichen Parteikollegen erleben. Und ob nun Mitglied bei der Jungen Union, den Jusos oder der Linksjugend – die Erfahrungen ähneln sich: Jede dritte Frau wurde im Rahmen ihrer politischen Arbeit bereits sexuell belästigt. Wiederum 43 Prozent erzählten, dass sie sexuelle Belästigung bei anderen beobachtet hätten. Viele der befragten Politikerinnen fühlten sich zudem nicht ernst genommen. Kein Wunder, hatten die meisten bereits erlebt, in Diskussionen unterbrochen oder übergangen zu werden. Dieses Verhalten hört selbst dann nicht auf, wenn die Frauen bereits Bundestagsabgeordnete sind. So verriet die Flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Luise Amtsberg, 2019 in einem Interview: „Manchmal wurde dann so eine großväterliche Art ausgepackt, wenn mein Gegenüber argumentativ und inhaltlich nicht mehr weiter kam“. Auch von „anzüglichen Bemerkungen und unpassenden Komplimenten“ berichtet sie.

Auf das Aussehen reduziert

Aber Sexismus in der LINKEN? Wir haben doch einen feministischen Auftrag, wir gendern unsere Anträge und Broschüren, haben quotierte Listen sowie weibliche Partei- und Fraktionsvorsitzende. Wo liegt also das Problem? „Ich erlebe es immer wieder, dass Frauen in den Vorstandssitzungen auf ihr Aussehen reduziert werden, ihnen ständig ins Wort gefallen wird oder ihre Vorschläge weniger ernst genommen werden“, erzählt eine engagierte Genossin. Oft frage sie sich, ob sie und die anderen Mitglieder ihres Gremiums eigentlich in der gleichen Partei seien. Eine andere Genossin, die seit über 20 Jahren in der Partei aktiv ist, erzählt über einen früheren hochrangigen Parteikollegen: „Als ich noch jünger war, sagt er zu mir ‚Du kleines Püppchen, du hast doch noch nichts geleistet. Ich sage dir jetzt mal, wo der Hase langläuft.‘“ Zu einer anderen Genossin habe derselbe während einer Sitzung laut gesagt: „Du bist eine Frau, du kannst nichts anderes als Kaffee kochen.“ Lange vorbei und vergessen? Keineswegs. Es gibt nicht wenige aktive Kommunalpolitiker, die Grenzen überschreiten. „Der eine ist

„Du kleines Püppchen!“

Das muss man mal sagen dürfen: Parteien haben ein Problem mit Sexismus. Wenn sie glaubwürdig sein will, muss auch DIE LINKE gegen toxische Männlichkeit vorgehen.

Von *Uta Gensichen, Anja Eichhorn* und *Sarah Buddeberg*

überheblich zu Frauen und der andere streichelt einem auch schon mal übers Knie“, erzählt die Genossin weiter. Was auffalle: Es sind vor allem ältere Männer, die in der Parteihierarchie weiter oben stehen, die sich so übergriffig verhalten. Eine schmerzliche Einsicht: DIE LINKE ist nicht überall ein geschützter Ort für Frauen, Homosexuelle, Trans*- und Inter-Personen. Und auch nicht für heterosexuelle Männer. Denn toxische Männlichkeit richtet sich auch gegen das eigene Geschlecht, wenn andere Lebensweisen patriarchal auftretenden Genossen nicht passen.

Die Hand auf dem Knie

An wen sollen sich Genoss*innen wenden, wenn sie solche Erfahrungen machen? Wer hört zu, wenn ein früherer Bundestagsabgeordneter Dir auf den Po haut? Wenn ein Kommunalpolitiker Dir vor anderen ins Gesicht sagt, wie dick du bist und deshalb nicht sein Typ seist? Und ein altgedienter Genosse in einer Männerrunde eine junge Frau als „machtgeile Schlampe“ bezeichnet, weil sie einen Job in der Partei annimmt? Das sind leider keine fiktiven Beispiele, sondern Fälle, die genau so im Landesverband passiert sind. Die

wenigsten Genoss*innen trauen sich, über solche Vorfälle offen zu reden. Weil eine offizielle Anlaufstelle bislang fehlt, tauschen sich die Betroffenen allenfalls mit wenigen Vertrauten darüber aus. Über den Klaps auf den Po, die Hand auf dem Knie, die anzüglichen Nachrichten auf dem Handy, die Bemerkungen über das eigene Aussehen, die ungefragten Komplimente und die Frage nach dem Beziehungsstatus. „Es ist schlimm, dass man bei uns im Kreisverband immer alles unkommentiert geschehen lässt; es wird einfach so hingegenommen“, erzählt eine junge Genossin, die in ihrem Verband schon viele sexistische Anfeindungen erlebt und von ihnen gehört hat. In einem anderen Verband in Sachsen wurde selbst der aktive Hilferuf einer jungen Frau totgeschwiegen: Ein Genosse stalkte diese monatelang, lauerte ihr auf und bombardierte sie mit Nachrichten. Sie bat den Vorsitz des Stadtverbands um Hilfe. Statt einzugreifen, wurde die verängstigte Frau ermahnt, damit nicht an die Öffentlichkeit zu gehen – schließlich könne das Image der Partei darunter leiden.

Solche Vorfälle gehen meist einher mit anderen strukturellen Defiziten. Zwar ist das Selbstverständnis der LINKEN

feministisch, aber ein Blick auf die Mitgliederstruktur zeigt ein ernsthaftes Problem. Seit vielen Jahren geht der Frauenanteil in der LINKEN leicht, aber unaufhaltsam zurück. Laut Bundeszentrale für politische Bildung betrug der Anteil weiblicher Mitglieder 2019 36,4 Prozent, unter den im selben Jahr eingetretenen Neumitgliedern lag der Frauenanteil gar unter 35 Prozent. Die Folge dieses Ungleichgewichts: Junge Frauen, die neu in DIE LINKE kommen, werden mit Posten und Verantwortung überhäuft – bis sie nicht mehr können.

Dominanz älterer Männer

Doch warum zögern immer häufiger Frauen, in Parteien einzutreten und sich in ihnen zu engagieren? Etwa die stundenlangen Parteisitzungen und die familienunfreundlichen Zeiten schrecken viele ab. „Die Dominanz älterer Männer sowie die häufige Befassung der Parteien mit sich selbst sind weitere Faktoren, die negativ ins Gewicht fallen“, schreibt der Politikwissenschaftler Benjamin Höhne von der Stiftung Wissenschaft und Demokratie in einem Aufsatz über Frauen in Parteien und Parlamenten. Höhne rät Parteien, ihre Arbeit insgesamt zu modernisieren, um für Neumitglieder attraktiver zu werden.

Sexismus in der eigenen Partei anzusprechen, ist nicht leicht. Schnell wird einem Nestbeschmutzung vorgeworfen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Sexistische Strukturen offenzulegen, passiert nicht allein aus Sorge um die Partei. Wir wollen den Kampf gegen Sexismus ernst nehmen – auch in den eigenen Reihen. Wir verändern Gesellschaft nur, wenn wir bei uns selbst anfangen.

Deshalb steht auf dem Landesparteitag am 10. Oktober 2020 ein Antrag mit zwei Forderungen auf der Tagesordnung: eine Richtlinie gegen Sexismus zu erarbeiten sowie eine Vertrauensperson zu benennen, an die sich Betroffene von sexualisierter Belästigung innerhalb der Partei wenden können. Diese Forderungen sind ein Eingeständnis, dass es in großen Organisationen wie Parteien Sexismus gibt. Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat, wusste schon Rosa Luxemburg. Denn DIE LINKE schreibt sich Feminismus und Solidarität auf die Fahnen – dann müssen wir aber auch konsequent sein und übergriffiges Verhalten innerhalb der eigenen Reihen sanktionieren und diesem vorbeugen.

In Bremen ist man da schon weiter: Dort wurde im November 2019 ein Antrag zur Stärkung anti-sexistischer Kultur in der Partei angenommen. Unter anderem forderten die Antragsteller*innen eine Anlaufstelle für Betroffene von Sexismus sowie eine veränderte Landessatzung.

Die Autor*innen haben mehrere persönliche und schriftliche Interviews mit Genoss*innen aus dem gesamten sächsischen Landesverband geführt. Alle Angaben zur Person sowie zum Kreis- oder Stadtverband werden, zum Schutz der befragten Personen, anonymisiert wiedergegeben.



Ein Rententopf von allen für alle

Tour-Rückblick von *Marko Forberger*

Auf den Marktplätzen und in den Fußgängerzonen hatte es DIE LINKE Sachsen in der Vergangenheit schon leichter, auf aufgeschlossene Herzen und Ohren zu treffen. Deshalb müht mensch sich im politischen Maschinenraum der Partei und in den Parlamenten, immer und immer wieder neue Ideen und Formate zu entwickeln und auszuprobieren, um eine Tür zum Dialog mit Bürger:innen zu öffnen. Diese Aufgabe ist umso ambitionierter, je kleiner und ländlicher der Ort ist.

Ein solches Format testeten die sächsischen Abgeordneten der LINKEN aus dem Deutschen Bundestag und dem Sächsischen Landtag vom 25. August bis zum 14. Oktober 2020. Mit einem riesigen roten und einem etwas kleineren goldenen Rententopf – aus der Werkstatt einer mittelsächsischen Metallbaufirma – zogen die sächsischen Politiker:innen seit Ende August mit der Maßgabe durch das Land, in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen vor Ort zu sein. Die beiden Rententöpfe warben für ein solidarisches Rentensystem, in das künftig alle gemeinsam einzahlen sollen – auch Politiker:innen und Beamt:innen.

Neben den Töpfen fanden bei den Rententopf-Aktionen weitere Ausstellungsstücke ihren Platz, so auch thematische Infotafeln, angebracht an den auf sächsischen Marktplätzen bereits bekannten roten Aufstellern der LINKEN in Form menschlicher Silhouetten, welche über unsere Positionen zu den Themen Altersarmut, Renten und Löhne informieren. Das weitere Equipment, bestehend aus zahlreichen Sitzwürfeln auf einem runden Bodenplakat und einem mobilen Lautsprecher, lud die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Renten-Aktionen zu öffentlichen Dialogrunden in eine kleine Gesprächsarena auf die Straßen und Marktplätze ein, um über ihre persönlichen Erfahrungen zu be-

richten und sich über unsere Vorschläge zu informieren. Nicht zuletzt auch wegen der dankenswerten Unterstützung zahlreicher Genoss:innen vor Ort, brachte es die Aktion „Ein Topf für alle“ schlussendlich auf 35 Stationen in ganz Sachsen.

Schaut mensch etwas genauer auf das Thema, so stellt mensch fest, dass der-

zeit 631.000 Sächs:innen nach 40 Arbeitsjahren von weniger als 1.200 Euro und davon 314.000 Menschen mit weniger als 1.000 Euro Rente leben müssen. Von der neu geschaffenen sogenannten Grundrente sind viele Menschen aus Sachsen ausgeschlossen, da sie aufgrund von Wendebiografien nicht auf die notwendigen 33 Beitragsjahre kommen. Wer heute in Sachsen

in den Ruhestand geht, hat sich oftmals durch Phasen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, Erwerbslosigkeit oder der beruflichen Umorientierung in den schwierigen Wendejahren gekämpft. Unter der Regierung von Gerhard Schröder (SPD) wurde ab 2000/2001 die staatliche Rente geschwächt und das Geschäftsmodell der privaten Rentenversicherung (Riester) im Sinne des Profits für Banken und Versicherungen gestärkt. Zusätzlich wurden Rentenbeiträge abgesenkt sowie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre politisch vorbereitet. Seit der Agenda 2010 kam es ab 2003 zu massiven Kürzungen im sozialen Bereich und zu einer nie dagewesenen Ausweitung des Billiglohnssektors, der bis heute Wirkung zeigt. Die Folge ist Altersarmut auch in Sachsen. Mit Maßnahmen wie u.a. der Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und einem Mindestlohn von 13 Euro will DIE LINKE gegen die Altersarmut vorgehen und schlägt eine „Solidarische Mindestrente“ vor, die für Menschen ab 65 Jahren dafür sorgen soll, dass niemand im Alter von weniger als aktuell 1.050 Euro netto leben muss.

„Um Altersarmut in der Zukunft wirksam begegnen zu können, muss sich unsere Gesellschaft fragen, ob sie es sich auch zukünftig leisten will, dass Politiker:innen und Beamt:innen, Freiberufler:innen und Selbständige sowie Top-Verdiener:innen sich nicht am Solidarprinzip der staatlichen Rente beteiligen“, so der Leipziger direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann. Susanne Schaper, Vorsitzende der sächsischen LINKEN, ergänzt: „Wir wollen ein Rentensystem, in das alle einzahlen und das alle vor Altersarmut schützt. Entscheidend für eine gute Rente sind auch faire Löhne in den Erwerbsjahren davor. Wer jahrzehntlang im Niedriglohnssektor schuftete, darf im Alter nicht auch noch mit dem Gang zum Sozialamt bestraft werden.“



Immer auf Hochtouren: Sören Pellmann

„Ja, ist denn schon wieder eine Wahl? Habe ich etwas verpasst?“ So oder so ähnlich lauteten etliche Fragen an den Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann auf seiner diesjährigen Sport- und Sommertour. Drei Wochen lang war der Kommunal- und Bundespolitiker im Leipziger Stadtgebiet unterwegs und absolvierte bei mitunter tropischen Temperaturen ein straffes Programm. An seinen Info-Ständen kam er mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch, hatte ein offenes Ohr für deren Anliegen, Sorgen und Anregungen. Dass sich DIE LINKE im Gegensatz zu anderen Parteien auch ohne anstehenden Wahltermin auf der Straße blicken lässt, wurde mancherorts verwundert zur Kenntnis genommen, aber durchaus goutiert.

Nach 30 Informationsständen und elf Treffen mit diversen Sportvereinen, die Sören Pellmann gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Leipziger LINKEN und Sprecher für Sport im Leipziger Stadtrat, Dr. Adam Bednarsky absolviert hat, zieht Pellmann ein positives Fazit: „Es war thematisch passend ein sehr sportliches Programm, was wir uns da auferlegt haben, aber dieser Austausch sowohl mit den Bürgerinnen und Bürgern als auch mit den ehrenamtlich Engagierten in den Vereinen ist mir sehr wichtig. Gerade im Hinblick auf die schwierige Zeit der vergangenen Monate war es gut, mit den Menschen wieder direkt ins Gespräch zu kommen. An der einen oder anderen Stelle blieb es auch nicht nur bei einer informellen Unterhaltung, sondern dort konnten wir konkrete Hilfen anbieten.“

Kaum hatte Sören Pellmann seine Sport-Sommertour in Leipzig beendet, ging es schon weiter. Denn bereits eine Woche später startete die sachsenweite Aktion „Ein Topf für alle“, an der Pellmann als Leipziger Bundestagsabgeordneter teilnahm. Anfang September machte zudem die alljährliche Friedenstour in Leipzig und dem näheren Umland Station. Auch daran beteiligte sich Pellmann. Mit einem aufblasbaren roten Panzer, dessen Kanone verknotet ist, als symbolischem Antikriegs-Gefährt machten die Abgeordneten darauf aufmerksam, dass die DIE LINKE im Deutschen Bundestag die einzige Fraktion ist, die konsequent alle militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt und im Plenum dagegen stimmt. Pellmann: „Jede Waffe findet ihren Krieg und Bomben

schaffen keinen Frieden. Stattdessen sind die Mittel für humanitäre Hilfe in Kriegsgebieten sofort und massiv zu erhöhen. Kriege beenden und den Menschen in den Kriegsgebieten beim Wiederaufbau Ihrer Städte und Dörfer zu helfen – das ist effektive Fluchtursachenbekämpfung.“

Ab 13. Oktober ist Sören Pellmann dann erneut auf Tour. Drei Wochen lang wird er im Leipziger Stadtgebiet mit Informationsständen präsent sein. Darüber hinaus plant er als Sprecher seiner Fraktion für Inklusion und Teilhabe für diesen Zeitraum Besuche in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sowie Gespräche mit deren Interessenvertreter*innen.

• *Kludia Naceur*

Europäische Bürgerinitiative zum Grundeinkommen

Ronald Blaschke ruft zur Unterstützung auf

Ungleichheiten in der EU minimieren, also ein Beitrag zu einer sozialen und gerechten EU sein. Für eine Europäische Union, in der jede*r erlebt, dass sie gut für eine*n selbst und für alle in der EU lebenden Menschen ist.

In Deutschland haben sich 23 Organisationen, Netzwerke und Initiativen zu einem Kampagnenbündnis zusammengeschlossen. Sie streben an, dass in Deutschland mindestens 300.000 Unterzeichnungen während der ein Jahr dauernden Unterzeichnungsfrist erreicht werden. Schön wäre es, wenn aus Sachsen – dem Mutterland der jungen politischen Grundeinkommensbewegung in Deutschland – viele Unterzeichnungen kämen. Auf EU-Ebene sind mindestens eine Million Unterschriften nötig, damit die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sich mit dem Anliegen der Bürger*innen auseinandersetzen müssen. In diesem Falle werden die Aktivist*innen zu Anhörungen in die Europäische Kommission und das Europäische Parlament eingeladen. Kommission und Parlament müssen eigene Positionen zum Grundeinkommen erarbeiten, bestenfalls gemeinsame politische Aktivitäten pro Grundeinkommen beschließen.

Dabei steht die Sache nicht schlecht, denn EU-Gremien haben schon mehrere Resolutionen, Papiere und Erklärungen mit positivem Bezug zum Grundeinkommen verabschiedet. Nun müssen den Worten aber auf EU-Ebene endlich Taten folgen. Die Aktivist*innen wollen



nicht nur den politischen Kampf für ein Grundeinkommen auf Länder-Ebene führen, sondern auch die Politik in ihrem Land mit mehr Druck aus den EU-Gremien konfrontieren – damit sich endlich auch etwas in den Ländern in Richtung Grundeinkommen bewegt.

Die Aktivist*innen sind sich einig: Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative ist nicht das Mittel der Wahl, um die Interessen der Bürger*innen auf EU-Ebene durchzusetzen. Eine grundlegende Demokratisierung der EU tut bitter not. Aber es ist eine gute Möglichkeit, das Grundeinkommen stärker in die Öffentlichkeit, in die Herzen und die Köpfe der Bürger*innen zu bringen. Bisher befürworten um die 50 Prozent der EU-Bürger*innen ein Grundeinkommen. Das können durch die EBI mehr werden. Außerdem werden zivilgesellschaftliche Netzwerke und Initiativen fürs Grundeinkommen auf der Ebene der einzelnen Länder als auch EU-weit durch die gemeinsame einjährige EBI-Kampagnenarbeit gestärkt. Denn den

Aktivist*innen ist klar, dass ein Grundeinkommen nur so gut wird, wie es demokratisch erstritten wird.

Ihnen ist auch klar, dass ein Grundeinkommen „nur“ ein Bestandteil einer grundsätzlichen politischen Neugestaltung der EU ist. Es ist nicht losgelöst von anderen notwendigen emanzipatorischen Veränderungen zu betrachten. Um eine demokratisch, solidarisch und nachhaltig gestaltete Europäische Union zu bekommen, bedarf es einer Vielzahl politischer Veränderungen. Daher wird der Schulterschluss mit anderen sozialen Bewegungen gesucht: mit der wachstumskritischen Bewegung, mit der Bewegung gegen Klimawandel wie zum Beispiel Fridays for Future, mit der Bewegung für eine Gesellschaft und Ökonomie, in der die Sorge (Care) um den Menschen im Mittelpunkt steht, mit der Gewerkschaftsbasis, die sich

ernsthaft gegen ein Weiter-so in Wirtschaft und Gesellschaft stemmt. In all diesen Bewegungen ist das Grundeinkommen verankert – umgekehrt sind sehr viele aus der Grundeinkommensbewegung auch in diesen anderen Bewegungen engagiert. Denn eine emanzipatorische soziale Bewegung muss es sich leisten, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Erfolgsversprechende Konzepte der sozialen Bewegungen ziehen ihre Kraft daraus, dass sich die verschiedenen Ansätze aufeinander beziehen, sich gegenseitig befördern. Ein Ansatz ist das Grundeinkommen – damit alle Menschen frei von Existenznot an der Gesellschaft teilhaben und gut leben können, überall. Deswegen streiten auch viele Grundeinkommensaktivist*innen nicht nur für Grundeinkommen in ihrem Land und in der EU, sondern auch für Grundeinkommen weltweit.



Foto: Kienberger / flick.com / CC BY-ND 2.0

Die Mitzeichnung der Europäischen Bürgerinitiative ist unter www.ebi-grundeinkommen.de möglich. Dort finden sich auch weitere Informationen, Materialien und eine Spendenmöglichkeit zur Unterstützung der EBI.

Ronald Blaschke ist Netzwerkrat beim Netzwerk Grundeinkommen, Mitgründer des europäischen Netzwerks *Unconditional Basic Income Europe (UBIE)*, Koordinator der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) Grundeinkommen für Deutschland und stellv. Repräsentant der EBI-Organisator*innengruppe auf EU-Ebene.

Armut in der Welt – eine Quelle unseres Wohlstandes?

Gedanken zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut von
Monika Sperling und Annett Börner (AG Soziales DIE LINKE. Erzgebirge)

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 1992 erklärt, künftig immer am 17. Oktober ausgegrenzten und Not leidenden Menschen Gehör zu verschaffen. Dass dieser Tag gewählt wurde, geht auf das Jahr 1987 zurück. Hunderttausende Menschen versammelten sich damals in Paris am Palais du Trocadéro, wo 1948 die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung der Menschenrechte angenommen und auch die Armut als eine Verletzung dieser elementaren Rechte definiert hatte. Das war vor 72 Jahren!

In ihrem Bericht von 2018 über die Armut und die Verteilung des Wohlstands zieht die Weltbank Bilanz, dass die extreme Armut auf dem Rückzug sei. Allerdings gebe es viele Regionen auf unserer Erde, die nach wie vor stark von Armut betroffen seien. Fast drei Milliarden Menschen haben weniger als zwei Dollar pro Tag zur Verfügung. Wir haben das große Glück, in einem reichen Land zu leben. Was geht uns also ein Inter-

nationaler Tag für die Beseitigung der Armut an? Nicht jeder Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland kann sich reich nennen. Das digitale Zeitalter, in dem wir uns befinden, ermöglicht Fortschritte in den Bereichen Medizin, Wissenschaft und Technologien. Diese Fortschritte können wir für unser aller Wohl – unsere Gesundheit, unsere Mobilität, eine abwechslungsreiche und angenehme Freizeitgestaltung, Urlaub in allen Winkeln der Welt – genutzt werden.

Jedoch kann nicht jeder Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland diese Segnungen als Selbstverständlichkeit ansehen. Das Statistische Bundesamt legt 1.074 Euro bei einem Einpersonenhaushalt als Armutsschwelle fest. Das seien 60 Prozent eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens. Wer weniger Geld zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet. Der „Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung enthielt

2019 die Feststellung, dass 15,9 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Armut oder an der Armutsgrenze leben. Bedeutet diese Zahl dann auch, dass Armut für fast 84 Prozent der Menschen in unserem Land kein Thema ist? Geht uns die Armut in der Welt nichts an, weil es den meisten von uns gut geht? Oder geht es uns so gut, weil fast drei Milliarden Menschen – darunter zahlreiche Kinder – auf der Welt unter unwürdigen Verhältnissen arbeiten?

Armut hat viele Gesichter: Hunger, Elend, kein Dach über dem Kopf, fehlende oder nicht bezahlbare medizinische Behandlung und unzureichende Bildungschancen sind leider auch im Jahr 2020 in vielen Ländern der Erde bittere Realität. Flüchtlingsströme und das Leben unter unwürdigen Bedingungen in Flüchtlingscamps zeigen, dass wir uns nicht nur mit armen Menschen solidarisch erklären, sondern uns aktiv für die Bekämpfung von Armut auf der Welt einsetzen müssen. Wie viele Krie-

ge und damit einhergehende Waffenlieferungen haben zu großem Elend und Armut über Generationen hinweg auf der Welt geführt?

Und wie sieht es unmittelbar bei uns in Deutschland aus? Wenn wir das Elend und die Not in anderen Ländern betrachten, so könnten wir angesichts unseres Gesundheits- und Sozialsystems sowie der vorhandenen Bildungsmöglichkeiten leicht zu dem Schluss kommen, wir klagten auf hohem Niveau. Aber nein: Armut hat viele Gesichter! Wenn Kinder an Klassenfahrten nicht teilnehmen können, das Geld für Kinderschuhe fehlt, sich nicht jeder im Alter Zahnersatz leisten kann, das Geld für gesunde Nahrungsmittel nicht vorhanden ist oder Pflegekosten zu Altersarmut führen, dann zeigt uns das, dass auch in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland Armut leider immer noch bittere Realität ist und wir uns dafür einsetzen müssen, soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Vorsorgen für den Corona-Winter

Fabian Lambeck im Gespräch mit der Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping

Die Pandemie ist noch lange nicht ausgestanden. Da präsentiert die LINKEN-Spitze einen „Fahrplan für den Corona-Winter“.

Wohin soll die Reise gehen? Dieser „Fahrplan für den Corona-Winter“ enthält Vorschläge, wie wir in den nächsten Monaten soziale Härten abfedern und besser mit der Pandemie umgehen als bisher. Zudem geht es darum, dass wir den Kampf gegen Corona nur global gewinnen können, deshalb muss z. B. sichergestellt werden, dass der Impfstoff nicht durch ein Patent für ärmere Länder unbezahlbar wird. Und es geht darum, dass die Hilfen für Konzerne genutzt werden, um wirtschaftlich umzusteuern – hin zu mehr Wirtschaftsdemokratie und einem sozial-ökologischen Aufbruch.

Wieso veröffentlicht ihr dieses Papier ausgerechnet jetzt?

Weil abzusehen ist, dass uns ein Corona-Winter bevorsteht. Die Krankheit ist nicht überstanden. Im Gegenteil: In weiten Teilen Europas breitet sie sich wieder extrem schnell aus. Auch hier in der Bundesrepublik. Das heißt, dass wir mit der Pandemie vorerst weiterleben müssen. Deshalb müssen wir nun vorausschauend handeln und die notwendigen Schritte einleiten.

Ist das nicht Sache der Bundesregierung?

Die Bundesregierung versagt doch auf ganzer Linie bei der vorausschauenden Planung. Sie wurde vom Pflegenotstand ebenso überrascht wie von den infizierten Reiserückkehrern, vom Schulanfang und jetzt sogar vom Winter.

Was muss denn jetzt geschehen?

Wir müssen die sozialen Härten der Corona-Maßnahmen besser abfedern.

Wir müssen die Ärmere schützen. So bekommen Sozialleistungsberechtigte keine Corona-Unterstützung. Das wollen wir ändern und fordern einen Corona-Aufschlag auf alle Sozialleistungen von 200 Euro im Monat. Davon würden auch Aufstockende profitieren, deren Zuverdienste jetzt in der Krise wegfallen. Zudem sollen Solo-Selbstständige bei Corona-Hilfen ein fiktives Unternehmergehalt von 1.200 Euro im Monat ansetzen und diesen Betrag für den Lebensunterhalt nutzen dürfen. Bislang ist ihnen das nicht möglich.

Was ist mit den Pflegekräften oder Kassierer*innen im Supermarkt?

Hier dringen wir darauf, dass Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, etwa in der Pflege oder im Einzelhandel, auch ohne Zustimmung der Unternehmerverbände. Außerdem müssen die Auslagerung von Tätigkeiten auf Subunternehmen und Werkverträge gesetzlich stark eingeschränkt werden. Der Mindestlohn muss auf 13 Euro angehoben werden, auch damit Beschäftigte später auf eine Rente über Hartz-IV-Niveau kommen.

Zudem fordert ihr in dem Papier, soziales Leben wieder zu ermöglichen. Was meint ihr damit?

Niemand kann genau vorhersagen, wann uns ein Impfstoff zur Verfügung steht. Wahrscheinlich kommt ein solches Vakzin aber erst 2021. So lange können wir aber nicht auf Präsenzunterricht, Kulturveranstaltungen oder Besuche bei den Großeltern verzichten. Wir sollten stattdessen nach Wegen suchen, wie wir trotz Corona möglichst viele Dinge tun können. So könnten etwa Ein-Euro-Schnelltests helfen, die Pandemie weiter einzudämmen.

Diese Tests sollen aber fehleranfällig sein ...

Man wird so nicht jedes Risiko vermeiden können, aber die Tests finden Menschen, die gerade besonders ansteckend, sind ziemlich zuverlässig. Die Infizierten, die durch die Schnelltests unerkannt bleiben, sind meistens weniger ansteckend. Diese Ein-Euro-Schnelltests können Labortests nicht ersetzen, aber viel breiter eingesetzt werden und so helfen, besonders infektiöse Menschen zu finden. Deshalb muss die Produktion solcher Tests in großem Stil gefördert werden.

Tests schlagen aber erst Alarm, wenn es zu spät ist. Wie lassen sich Infektionen vermeiden?

Wir wissen, dass Aerosole Viren tragen und sich in Innenräumen im Laufe der Zeit so verteilen, dass Abstandsregeln unwirksam werden. Klassenzimmer mit geschlossenen Fenstern erhöhen das Infektionsrisiko also enorm. Das gilt auch für Restaurants. Da die Option „Fenster auf“ im Winter nicht praktikabel ist, brauchen wir Luftfilter, die Aerosole mit Corona-Viren aus der Luft filtern können. Die Bundesregierung muss dringend die ausreichende Verfügbarkeit von Luftfiltern über ein Bundesprogramm sicherstellen. Für die Gastronomie, die schon jetzt ums Überleben kämpft, brauchen wir ein Leasing-Programm, damit sich auch kleine Restaurants und Kneipen Luftfilter leisten können.

Was sagst Du zur Diskussion über Bußgelder für Maskenmuffel?

Statt über höhere Strafen für „Maskensünder“ zu diskutieren, sollten wir es den Menschen möglichst einfach machen, sich an die Regeln zu halten. Zum Beispiel durch das Aufstellen

von Masken-Automaten an Bus- und Bahnhaltstellen.

Besonders gefährdet sind ältere Menschen. Viele leiden aber unter Isolation. Wie können wir helfen?

Ich schlage dafür ein Besuchslotseprogramm vor: „Kaffee mit Oma? Na klar!“. Die Lotsen würden die Familien und die Pflegebedürftigen so unterstützen, dass Besuche wieder möglich werden. Sie müssten Angehörige über die besonderen Hygieneanforderungen informieren, FFP2-Masken könnten zur Verfügung gestellt werden, Besuche über den Gartenzaun könnten geplant und umgesetzt oder spezielle Räume mit Virenbarrieren eingerichtet werden. Viele Menschen, die jetzt zum Beispiel in Gastronomie und Tourismusbranche nicht arbeiten können, aber auch Menschen aus der Veranstaltungsbranche – kurz Menschen, die gerne mit Menschen zu tun haben –, wären für diese Arbeit geeignet.

Lyrisches

Golden

Discoglanz im Blätterwald
Goldener Rhythmus Herbst

Jahreszeiten

Hoffnungssommer – Horizontnähe
Gedankenwinter – Einbahnstraße

- Janina Niemann-Rich

Mildernde Umstände für Merkel

Durch dumpfe
Erdanziehungskraft als Physikerin
Kann sie nicht abheben zu
Kunstverständnis
Ihr Hartgeld-kalter Blick
Auf wirtschaftliche Entlastung
fixiert:
Unterlassene Hilfeleistung
Gegenüber Kulturleben
In pandemischer Zeit

Politfortschritt geht nicht unter

Bewegt sich in historischen Wellen
1525 brandungsstark
Zwölf Artikel für Bauernwürde
1848 leuchtturmhochwichtig
Manifest für Arbeiterwürde

Jahrzehntnah statt jahrhundertfern
Wogt Politfortschritt herbei
Grund: tristeste Portemonnaie-Ebbe
Durch Pandemie und Profitgier
Artikel 1 Absatz 1 nun mit Tiefgang:
Auch für soziale Menschenwürde

- Jürgen Riedel

Gedenken zum Todestag von Salvador Allende

Salvador Allende (* 26. Juni 1908 in Santiago de Chile; † 11. September 1973 ebenda) war promovierter Arzt und von 1970 bis 1973 Präsident Chiles. Seine Präsidentschaft war der Versuch, auf demokratischem Wege eine sozialistische Gesellschaft in Chile zu etablieren. Allende wurde durch einen Militärputsch im Jahr 1973 gestürzt, in dessen Verlauf er wahrscheinlich von dem Mob der mordenden Pinochet-Truppen zum Suizid getrieben wurde. Die unrühmliche Rolle der USA und die unpassenden Kommentare der etablierten und bis heute meinungsbestimmenden Westdeutschen Presse zu Beginn des Putsches führten dazu, dass weltweit eine Bewegung entstand,



die die Erinnerungen an diese Gräueltaten immer wieder wachhält. So waren auch insbesondere Dresdner Studenten und deren Lehrende von den Morden in Chile und dem Sturz eines demokratisch legitimierten Präsidenten berührt.

Am Münchener Platz wurde bereits in den 70er Jahren ein Mahnmal aufgestellt. Studenten und Plauerer Bürger schmücken beständig dieses Mahnmal mit Blumen. Auch der Stadtbezirksverband Dresden-Plauen der LINKEN beteiligt sich alljährlich an der Erinnerungskultur.

- Jürgen Stäbener

Die Vierteljahreszeitschrift „Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ widmet sich diesmal gleich drei wichtigen Themenschwerpunkten. Im ersten Heftschwerpunkt „Corona-Krise und Kapitalismus“ analysieren die Beiträge den Charakter dieser Krise und deren Folgen für das ökonomische, soziale und politische Leben der Gesellschaft. John Bellamy Foster und Intan Surwandi untersuchen den Zusammenhang zwischen modernem Kapitalismus und der Verbreitung von Pandemien, wobei sie die industrialisierte Landwirtschaft als Hot-Spot von Pandemien charakterisieren, die sich entlang der globalen Lieferketten rasant ausbreiten können. In drei kurzen Beiträgen gehen Jörg Goldberg, André Leisewitz und Jürgen Reusch der Frage nach dem Verhältnis von Staat, Kapital und Gewerkschaften während der Corona-Krise in der BRD nach, wobei sie die Verschärfung der Widersprüche im globalen Kapitalismus ansprechen, zugleich auf Staatsinterventionen in der Krise verweisen, mit denen die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefördert wird und wie die geschwächten Gewerkschaften in der Krise in eine komplizierte Lage gekommen sind, da die Gefahr besteht, dass die fragilen Ansätze einer Kooperation mit den Umweltbewegungen zu scheitern drohen. Raina Zimmering widmet sich der Corona-Pandemie in den Ländern Lateinamerikas, die die Wahl zwischen Covid-19 oder Hunger und der Eindämmung beider Phänomene haben, wobei Kuba ein Sonderfall ist.

Im zweiten Komplex „Jugend und Politik“ stehen vor allem neue Aspekte zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der konkreten tagespolitischen Orientierung unterschiedlicher jugendlicher Gruppen im Mittelpunkt. Julia Kaiser und Elke Broszukat stellen dar, dass junge Klimabewegung und jugendliche Gewerkschaftsaktive näherstehen, wenngleich praktisch verbindende Projekte fehlen. Luca Karg und Maurice Laßhof bringen in ihrem Beitrag Ergebnisse eines Forschungsprojektes der Universität Darmstadt zum Verhältnis beider Gruppen sowie ihrem Krisenbewusstsein vor, wobei sie herausarbeiten, dass beide Gruppen ein „grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Kapitalismus und die Bereitschaft zu politischem Engagement“ teilen würden. Elenor Volprich stellt die 18. Shell Jugendstudie von 2019 vor, in der Umweltverschmutzung, Klimawandel sowie wachsende Feindschaft unter Menschen als die wichtigsten Problemfelder für junge Menschen benannt werden. Janis Ehling untersucht anhand von statistischem Material mehrerer Mitgliederstudien die alters- und klassenmäßige Zusammensetzung der Parteien der BRD und erschließt Veränderungen und Brüche im Verlauf der Generationen. Gert Hautsch analysiert den Umbruch in der Kulturindustrie und Nachrichtenproduktion sowie das Mediennutzungsverhalten, der durch Streamingdienste und Medienplattformen geprägt ist. Der Umbruch leiste zugleich zu einem oberflächlichen und keineswegs politisch neutralen Medienkonsum Vorschub.

Corona und Kapital, Jugend und Politik, DDR und BRD

Eckhard Müller empfiehlt die neue Ausgabe der „Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ mit ihren drei Themenschwerpunkten

Als dritter Schwerpunkt werden im Heft „Krise und der Untergang der DDR 1989/90“ und die schwerwiegenden Folgen für deren Bürger behandelt. Jörg Roesler arbeitet heraus, dass die schwache wirtschaftliche Situation der DDR 1990 gegenüber der alten BRD in engen Zusammenhang mit der ungleich schwereren Reparationslast stand, die die SBZ und dann die DDR zu tragen hatten. Nach Jürgen

1989 in der DDR die Aufbruchphase der Anarchie und Utopie mit vielfältigen Initiativen für einen basisdemokratischen Sozialismus von entscheidenden Ungleichzeitigkeiten geprägt war. Mit der Maueröffnung am 9. November 1989 verlor die basisdemokratische Bewegung jede Grundlage, nunmehr war der Hegemon des Umbruchs nicht mehr der Bürger der DDR, sondern die westdeutsche po-

SBZ/DDR, wie auch ihrer Werte- und Mentalitätsgemeinschaft sei ein minderwertiger Schandfleck, den es auszutilgen gilt, als eine anerkannte gesellschaftliche Tatsache. Der vielfach beschworene Meinungspluralismus galt nicht für die Bürger der untergegangenen DDR in der größer gewordenen Bundesrepublik. Nunmehr war politischer Grundsatz die allseitige Delegitimierung der DDR, der bis jetzt andauert. In dieser verkürzten Sichtweise werde das Engagement der Mehrheit der DDR-Bevölkerung 1989/90, auch der Werk tätigen und nicht nur der Opposition, für eine demokratische Staatsreform und für eine Emanzipation vom sowjetischen Modell ausgeblendet und ignoriert. Denn dazu würde vor allem eine Akzeptanz der „anderen“ Werte- und Mentalitätsgemeinschaft gehören und nicht ihre Verdrängung. Verlorene Arbeitsplätze und plattgemachte Betriebe desillusionierten und wirkten als Erfahrung bis heute nach, doch nur Bürger „2. Klasse“ zu sein. Nach wie vor illustriert ein Satz aus einem Brief von Christa Wolf aus dem Jahre 1991 an Wolfgang Thierse die offizielle Aufarbeitung der Geschichte der DDR: „Unsere Verzweiflung wird, wenn wir sie zu formulieren wagen, uns als ‚Nostalgie‘ in den Hals zurückgestopft.“ (in: Birgit Dahlke, Christa Wolf, Antifaschistin-Humanistin-Sozialistin, Würzburg 2019, S. 64.)

In weiteren Beiträgen werden unterschiedliche Themen erörtert. Andreas Wehr gibt die Sicht des verstorbenen Philosophen Domenico Losurdo auf die Niederlage des Realsozialismus wider, Ingar Solty würdigt die Leistungen von Friedrich Engels bei der Herausgabe des zweiten und dritten Bandes des „Kapitals“ von Karl Marx, Dieter Boris reflektiert kritisch die jüngste Schrift des Kultursoziologen Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2019, der Klassenantagonismus und Klassenkampf bei seiner Klassenanalyse ausblendet. Klaus Müller debattiert in Anmerkungen zu Thomas Kuczynski in Z 122 darüber, ob die Kategorie Wert für die Analyse der kapitalistischen Warenproduktion reserviert sein sollte. Anette Schlemm plädiert kritisch zu Sean Sayers ebenfalls in Z 122 dafür, unterschiedliche Formen der Widersprüchlichkeit in Natur, Gesellschaft und Denken zu unterscheiden.

Corona-bedingt entfallen Tagungsberichte, stattdessen werden der Idee, Motivation, Erfahrungen der digitalen „Kapital“-Lesebewegung unter den Bedingungen des Lockdown nachgegangen. Gehaltvolle Buchbesprechungen z. B. zur Faschismusforschung und zur Rolle der österreichischen Kommunisten von 1945 bis 1955 runden das Heft ab.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 123, September 2020, 248 S. Einzelh. 10 Euro. Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postf. 700346, 60553 Frankfurt/M., Tel./Fax 069/53054406, mail:redaktion@zme-net.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 123, September 2020

Corona-Krise und Kapitalismus
Foster/Suwandi - **Covid-19 und Katastrophenkapitalismus (I)**/
Goldberg/Leisewitz/Reusch - **Corona-Krise, Kapital und Politik in der BRD**/Zimmering - **Corona in Lateinamerika**

Jugend und Politik
Kaiser/Broszukat - **Klimakrise und Gewerkschaften**/
Karg/Laßhof - **Krisenwahrnehmung von Jugendlichen**/
Volprich - **Jugend und Gesellschaft - Shell-Studie**/Hautsch -
Streaming: Medien als Fastfood/Ehling - (Linke) Parteien und ihr Klassenbezug - Brüche im Generationenverlauf

DDR 1989/90 - Sozialismus-Bilanz
Roesler - **Reparationsleistungen und Systemwettbewerb**/
Leibinger - **Eigentum im Sozialismus**/Bollinger - **Krise der DDR 1989/90/Milev - „Diktaturaufarbeitung“ und „Demokratieerziehung“**

Weitere Beiträge
Wehr - **Scheitern oder Niederlage?**/Solty - **Kein Marxismus ohne Engels**/Boris - **Die „Spätmoderne“ ohne Illusionen betrachtet?**

Sowie: Kommentare; Diskussion - Kritik - Zuschriften, Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Einzelpreis 10,00 Euro

Leibinger war nicht das offensichtliche Defizit an Demokratie, sondern vor allem der Verzicht auf eine Vielfalt unterschiedlicher gesellschaftlicher wie privater Eigentumsformen die Ursache, das die DDR und andere osteuropäische sozialistische Länder in eine Sackgasse führte. Stefan Bollinger charakterisiert, dass im Herbst

litische Klasse und das internationale Kapital. Die Verhältnisse waren konservativ-nationalistisch und hinzu zu sagen ist, im Sinne der USA gegen die UdSSR, gekippt. Yana Milev schließt an diese Analyse mit ihren aufschlussreichen Ausführungen über die neoliberale Geschichtsklitterung. Die Geschichte Ostdeutschlands, der

Zu Unrecht vergessene Frauen

Dr. Rainer Holze zum Erscheinen des Kalenders 2021 „Wegbereiterinnen XIX“

Die Berliner Historikerin und Sozialwissenschaftlerin Dr. Gisela Notz gibt seit 2003 Wandkalender über mutige Frauen in der Geschichte heraus, um ihnen ein Denkmal zu setzen und sie dem Vergessen zu entreißen. Dabei handelt es sich um Vertreterinnen des schönen Geschlechts, die Zeit ihres Lebens unerschrocken für eine bessere, gerechtere Welt kämpften. Sie kommen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und stritten unbeirrbar für soziale und politische Gleichheit. Diese Frauen engagierten sich in den verschiedenen Richtungen der internationalen emanzipatorischen Frauenbewegung. Sie verkörpern ein vielfarbiges Spektrum aus unterschiedlichen Berufen und Bevölkerungskreisen.

Dies gilt auch für den neuen Wandkalender. Er präsentiert interessante und lesenswerte Porträts, in denen das Wirken solcher Frauen beschrieben und an sie erinnert wird. Die von kompetenten Autorinnen und Autoren verfassten Beiträge werden durch weiterführende Literaturhinweise ergänzt.

Die Mehrzahl der hier vorgestellten Frauen wurde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts geboren. In jener Zeit waren Frauen noch politisch rechtlos. Es war ihnen verboten, sich zu organisieren, zu wählen oder gewählt zu werden. Sie durften auch nicht an Universitäten studieren. Die Lebenswege der hier gewürdigten Frauen waren durch die Erlebnisse zweier Weltkriege und ihre verheerenden Folgen, durch Gewalt, Diskriminierung und Armut geprägt.

Im neuen Kalender werden folgende Frauen porträtiert: die Französin Marie Juliette Caron (1882–1940), die als Zimmerin zu einer Wegbereiterin der Bauhandwerkerinnen wurde; die radikale Schweizer Umweltaktivistin Gertrud Duby-Blom (1910–1993); die Spartakistin, Antifaschistin und erste deutsche Ministerin Minna Faßhauer (1875–1949); die deutsche Ärztin und Sozialistin Minna Flake (1886–1958); die Italienerin Alfonsina Strada (1891–1959) und die Engländerin Netty Honeyball (1871–1901) als Wegbereiterinnen des Frauensports (Radsport bzw. Fußball); die Amerikanerin Florence Kelly (1859–1932) als Vorkämpferin für Arbeitsrechte von Frauen und Kindern; die Prager Feministin, Frauenwahlrechtsaktivistin und Politikerin Františka Faustina Plamínková (1875–1942); die spanische Ärztin, Anarchistin und Dichterin Amparo Poch y Gascón (1902–1968) und Emmeline Stegmann (1865–1946), die 1907 als erste Frau in Deutschland zum ersten Vorstandsmitglied einer Genossenschaftsbank gewählt wurde.

Auf all diese Frauen trifft zu, was Gisela Notz im Vorwort zu dem ebenfalls von ihr herausgegeben Nachschlagewerk „Wegbereiterinnen“ (eine 2., erweiterte Auflage erschien 2019 im Neu-Ulmer Verlag AG SPAK Bücher) pointierte:

„Die meisten der Frauen kämpften sich für ihre Lebensentwürfe durch ein Gewirr von Widrigkeiten, manchmal scheiterten sie auch oder verloren [...] gar ihr Leben oder ihre Freiheit. Sich nicht mit den Umständen zufrieden geben – das ist ihre Botschaft aus der Beschreibung dieser Frauen. Sie waren und bleiben Wegbereiterinnen, uns können sie Vorbild sein, denn ohne sie wären wir nicht dort, wo wir heute sind [...] Da der Weg für ebenbürtige und gute Lebensverhältnisse für alle Menschen noch nicht zu Ende ist, kämpfen Frauen weiterhin, innerhalb und außerhalb der Parlamente – weltweit.“

Alle genannten Frauen verdienen es, hier näher vorgestellt zu werden. Werfen wir wenigstens einen Blick auf das wechselvolle Schicksal von Minna Faßhauer (3. Reihe rechts): In Blecken-dorf nahe Magdeburg geboren, zog sie 1893 nach Braunschweig, um sich als Dienstmädchen zu verdienen. Seit 1903 Mitglied der SPD, engagierte sie sich in der sozialdemokratischen Bewegung für die Emanzipation der Frauen. Sie kämpfte gegen das Verbot der politischen Betätigung von Frauen, stritt für das allgemeine Wahlrecht und die Rechte der Kinder. Während des Ersten Weltkrieges unterstützte sie den Antikriegskampf der radikalen Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wandte sie sich gegen die Burgfriedenspolitik der SPD und deren Bewilligung der Kriegskredite; 1916 schloss sie sich in Braunschweig der Spartakusgruppe und 1917 der sich konstituierenden Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) an. Während der Novemberrevolution 1918/1919 wurde Minna Faßhauer einer breiteren Öffentlichkeit als Volkskommissarin für Volksbildung der vom Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat am 10. November 1918 ausgerufenen Freien Sozialistischen Republik Braunschweig bekannt. Faktisch war sie die erste Frau in Deutschland, die ein Ministerium leitete. In ihrer kurzzeitigen Regierungstätigkeit brachte sie unter anderem ein Gesetz auf den Weg, das bis heute seine Wirkung entfaltet, weil es erstmals die gesetzlichen Grundlagen für die weltliche Einheitsschule, in der die Geschlechtertrennung aufgehoben ist, schuf. Außerdem initiierte sie ein Verbot der Kriegs- und Fürstenverherrlichung an den Schulen.

Im März 1919 trat Minna Faßhauer der nur wenige Monate zuvor gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei, verließ sie allerdings bereits ein Jahr später zusammen mit den meisten Braunschweiger Mitgliedern. Fortan engagierte sie sich zunächst in der linksradikalen, rätekommunistischen und antiparlamentarischen Kommunistischen Arbeiter-

partei (KAPD) und später in der als Alternative zu den Gewerkschaften entstandenen anarcho-syndikalistischen Arbeiter-Union (FAUD).

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland gehörte sie einer kleinen Widerstandsgruppe hauptsächlich ehemaliger FAUD-Mitglieder an, wurde 1935 des Hochverrats bezichtigt und inhaftiert. Obwohl sie in einem Widerrufungsprozess freigesprochen werden musste, wurde sie in das KZ Moringen eingeliefert. Nach drei Wochen freigelassen, erlitt sie dauerhafte gesundheitliche Schäden und wurde von der Gestapo auch weiterhin ständig überwacht. Nach der Befreiung vom Faschismus schloss sie sich wieder der KPD an und kandidierte auf deren regionalen Listen.

Minna Faßhauer gehört zu jenen Frauen, denen die Bundesrepublik die angemessene Würdigung ihrer Lebensleistung noch schuldet. Als die Fraktion der Linkspartei im Brandenburger Stadtparlament dafür warb, sie zu ehren, wurde der Antrag 2012 abschlägig beschieden. Immerhin gelang es einigen Enthusiasten zwei Jahre darauf, ein Musical über ihr kämpferisches Leben im Braunschweiger Gewerkschaftshaus zu inszenieren. 2015 konnte ein Stolperstein vor ihrer letzten Braunschweiger Wohnung installiert und 2019 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die linke Politikerin im Braunschweiger Gewerkschaftshaus enthüllt werden. Aus Anlass des 100. Jahrestages der Novemberrevolution wurde Minna Faßhauer in mehreren Veranstaltungen, zu denen Gewerkschaften und linke Organisationen eingeladen hatten, gedacht. Ihr Vermächtnis spielt auch in der örtlichen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine Rolle. Dafür spricht der DGB-Arbeitskreis „Minna“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Leben und Wirken Minna Faßhauer im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bewahren. In diesem Sinne heißt es in der Einladung zu einer Gedenkveranstaltung unter dem Titel „Frieden, Freiheit, Brot! Heute noch aktuell?“. „Die Braunschweiger Arbeiterin Minna Faßhauer war vor 100 Jahren [...] erste Ministerin, als Volkskommissarin für Volksbildung in der Braunschweiger Räterepublik. Dazwischen liegen 100 Jahre Verfolgung, Verschweigen, Verleumdung. Dabei verdient ihr selbstloses politisches Engagement in der Arbeiterinnenbewegung über Jahrzehnte hinweg Respekt und Erinnerung. Ihre Anliegen sind auch heute noch aktuell und umkämpft – Frieden und Abrüstung, Freiheit und Gerechtigkeit und das Ziel einer solidarischen Gesellschaft.“

Wegbereiterinnen XIX – Kalender 2021 erscheint zum neunzehnten Male im DIN A3-Format und kann im Buchhandel für 14,50 Euro, ISBN-13: 9783945959497; als Media-Kombination von Kalender und Postkartenset für 20 Euro, ISBN 9783945959510, erworben werden.



Buch aus Engels' Militaria-Sammlung aufgetaucht

Dr. Rainer Holze verweist auf spannende neue Befunde

Für Leser von „Sachsens Linke!“ sind die Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung e. V. längst keine Terra incognita mehr. Dafür hat Wulf Skaun gesorgt: Er begleitete mit pointierten Besprechungen die Mauserung der zweimal jährlich in Berlin erscheinenden Hefte zu einer Fachzeitschrift der Geschichte der Arbeiterbewegung, deren besonderes Augenmerk der archivalischen und bibliothekarischen Überlieferung gilt. Die in erweitertem Umfang und attraktiverer Aufmachung erschienene neueste Ausgabe, nunmehr Heft 58, bietet ein interessantes Themenspektrum. Besonderes Interesse könnten zwei Beiträge zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels finden: Während Manfred Neuhaus über ein wiedergefundenes Buch aus Engels' militärwissenschaftlicher Handbibliothek berichtet, korrigiert Manfred Schöncke mit verblüffenden Argumenten zuvor sakrosankte Zuschreibungen der Engels-Ikonographie.

Es ist erstaunlich, wie Neuhaus den Weg eines Buches über anderthalb Jahrhunderte rekonstruiert, vom Berliner Verleger über den Frankfurter Buchhändler in Engels' Bücherregal in Manchester und nach dessen Tod zurück nach Berlin, zunächst in die Bibliothek der SPD, während der Naziherrschaft ins Geheime Preußische Staatsarchiv, und von dort via Antiquariatsbuchhandel schließlich in eine Leipziger Privatbibliothek. Und da dies nicht ohne den einen oder anderen biografischen Fingerzeig auf den Autor, den preußischen General Wilhelm von Willisen, und seinen aufmerksamen Leser Engels vonstattengeht, erfährt der Leser viel Neues. Ebenfalls interessant ist, was Wilfried Trompelt über das im Dresdner Bibliotheksbestand



Titelblatt des wiedergefundenes Exemplars aus Engels' Militaria-Sammlung mit den charakteristischen Bibliotheksstempeln und der Signatur „34726“

der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen überlieferte Exemplar von Otto Grote-wohls 1947 erschie-nener Broschüre „Deutsche Verfassungspläne“ und deren handschriftliche Zueignung für Otto Buchwitz berichtet.

Traditionsgemäß sind die beiden ersten Rubriken der Mitteilungen den Archiven und Bibliotheken sowie besonderen Zeitdokumenten gewidmet. Während Hans Holm über den Aufbau einer Sammlung mit Dokumenten und Materialien über das Wirken der VVN/BdA Westberlin in den Jahren 1953 bis 1990 berichtet, bilanziert Jochen Gerster die beachtlichen Aktivitäten des linken Berliner Verlages Die Buchmacher seit seiner Gründung vor 15 Jahren.

Holger Czitrich-Stahl, Herausgeber der Mitteilungen, präsentiert als erinnerungswürdiges Dokument „Blumen für Stukenbrock – Der Aufruf zum Antikriegskampf 1982“ und hebt einleitend hervor: „Die jährlich anlässlich des Antikriegstages am 1. September stattfindende Mahn- und Gedenkveranstaltung ‚Blumen für Stukenbrock‘ an den Massengräbern der 65.000 sowjetischen Soldaten und Zwangsverschleppten aus mehreren Ländern Europas in der Stadt Schloss Holte-Stukenbrock im Kreis Gütersloh ist mit der ostwestfälisch-lippischen Friedensbewegung auf das Engste verbunden.“

Allen Lesern, denen eine vorurteilsfreie Erforschung der DDR-Geschichte am Herzen liegt, sei Siegfried Prokops

Vortragsskript „Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeitraum 1980–1990“ wärmstens empfohlen. Der Autor, dem wir bereits manche erhellende Wortmeldung in der Sache verdanken, ergründet, wie und warum die seinerzeit so viel beschworene Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegen allen Verlautbarungen der damaligen Partei- und Staatsführung längst vor dem stürmischen Herbst des Jahres 1989 gescheitert war.

Die Mitteilungen haben es sich seit langem zur Aufgabe gemacht, thematisch relevante Promotionsprojekte vorzustellen. In der vorliegenden Ausgabe berichtet Sven Deventier über seine Forschungen zur politischen Biografie von Franz Dahlem, eines führenden Funktionärs der KPD und dann der SED.

Als Novität der Mitteilungen gelten Interviews mit erfahrenen Fachkollegen, und so gewährt Gerhard Engel in der neuesten Ausgabe einen Blick in die Werkstatt des Historikers. In einem ausführlichen Rezensionsteil werden schließlich Neuerscheinungen zur Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf den Prüfstand gestellt. Alles in allem ist mit viel ehrenamtlichem Engagement erneut ein interessantes und lesenswertes Heft entstanden.

• Dr. Rainer Holze

Heft 58 der Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. kann bei Dagmar Goldbeck (d.goldbeck@web.de) für eine Schutzgebühr von 3 Euro zzgl. Versand bezogen werden.

Vier apokalyptische Reiter

In einem Kunstband über Albrecht Dürer (1471-1528) schockierte mich dessen 1498 entstandener Holzschnitt „Die vier apokalyptischen Reiter“. Der Bezug auf die Gegenwart ist für mich einfach beklemmend. Ich stelle mir vor, wie diese Reiter auf ihren Schlachtrössern und Schindergäulen durch die moderne Welt dahin galoppieren. Sie bringen Tod, Vernichtung, Rassismus und Terrorismus unter die Völker. Jede Menschlichkeit wird für Macht und maximalen Profit des Kapitals unter ihren Hufen und Panzerketten zerstampft.

Der Bogenschütze trägt eine schwarze Gesichtsmaske, eine modernste Handfeuerwaffe westlichen Imports, aber mindestens eine Kalaschnikow in der Ausrüstung. Er ist für die Kriegsgewinnler, Kriegsbefürworter und Religionsfanatiker in einem mörderischen Dauergemetzel unterwegs. Mit Völkermord, Bombardierungen,

Folter, Brandschatzung und den gern verschwiegenen Kollateralschäden ist der stolze abendländische Ritter und Militär im Staats- oder Privatdienst mit modernster elektronischer Waffentechnik weltweit zu Pferde und informiert. Er bedient meist umfassend gebildet Raketen, Drohnen, Atomwaffen, Chemiewaffen und Bakteriologische Systeme – für die „westliche Demokratie“, versteht sich.

Der Reiter mit der Waage verkörpert das internationale Kapital, welches das Monopoly der Märkte spielt, zockt und global ganze Volkswirtschaften und Staaten ruiniert. Vermögen vernichtet, die Umwelt zerstört und den Krieg um die Knöpfe führt. Millionen machen Meinungen von Millionen.

Als vierter Reiter galoppiert der Tod mit modernen Seuchen und Krankheiten, wie SARS, Aids, Ebola und Corona im

Gepäck. Eine Bedrohung der Menschheit weltweit und besonders derer, die



in den Entwicklungs- und Schwellenländern leben.

Wie in weiser Voraussicht der Künstler Albrecht Dürer seine Gegenwart in diesem Holzschnitt darstellt und seine Mitmenschen warnte! Als Vertreter der „Frühbürgerlichen Revolution“ wusste er, auf welcher Seite der Barrikade sein Kampfplatz war. Im Jahr 1528 entwarf er ein Bauernkriegsdenkmal (1524–25) für die vom Feudaladel und Klerus dahin gemetzten Bauern, Bürger und Intellektuellen. Ich höre in den Medien den Klang der Kriegsberichterstattung, Kriegshetze und Rüstungspropaganda. Die Ursachen der Kriege werden verschleiert, die Anlässe aufgebauscht, gefunden und manipuliert. Die apokalyptischen Reiter sind schon sehr laut zu hören. Stoppen wir ihren Todesritt mit Solidarität.

• Heinrich Ruynt

Auto-Denkmal-Tour am Weltfriedenstag

Angela Hähnel blickt zurück auf mehr als 200 Kilometer und zehn Veranstaltungen



die Öffentlichkeitsarbeit und die logistischen Maßnahmen gekümmert hat, organisierten die Ortsverbände die zehn Gedenkveranstaltungen vor Ort.

Pünktlich um 8:30 Uhr standen 15 Autos im Pockau-Lengefelder Ortsteil Nennigmühle am dortigen Mahmal. Von hier aus führte die 226 Kilometer lange Strecke quer durch den Landkreis. Nach einer kurzen Einweisung fand hier die erste Gedenkveranstaltung statt. Weiter ging es zum Ernst-Thälmann-Denkmal in Zschopau. Das Denkmal wurde erst im Frühjahr saniert. Unterstützt wurden wir hier von den „Erzgebirgsfreunden Russlands“, einem gemeinnützigen Kultur- und Traditionsverein aus Großolbersdorf. „Lieber Annaberger Christstollen in Moskaus Läden als deutsche Panzer an Russlands Grenze“, stand auf einer Info-Tafel geschrieben, die der Verein gestaltet hatte.

Weiter ging es nach Ehrenfriedersdorf und anschließend nach Geyer. Hier wurden wir vom linken Bürgermeister Harald Wendler empfangen. Nach

Zur Juni-Kreisvorstandssitzung hatten wir beschlossen, eine Auto-Denkmal-Tour quer durch unseren Erzgebirgskreis am Weltfriedenstag zu starten. Gemeinsam mit unseren Ortsverbänden wurden alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen. Während sich der Kreisvorstand vor allem um



der kurzen Gedenkveranstaltung ging es weiter nach Annaberg-Buchholz und Schwarzenberg. In Schwarzenberg gab es eine kurze Mittagspause. Danach hieß das Ziel Aue und später Löbnitz. In Löbnitz wurden, organisiert von den Mitgliedern des Ortsverbandes, zahlreiche (Friedens)Tauben gestartet. Über Zwönitz erreichte die Tour das Ziel in Stollberg. Hier fand die Abschlussveranstaltung mit kultureller Umrahmung statt.

Zahlreiche Medien im Landkreis kündigten unsere Tour im Vorfeld an und berichteten im Nachgang darüber. Begleitet wurde unsere Auto-Denkmal-Tour von einer Plakataktion. Wir bedanken uns bei allen Organisator*innen, Redner*innen und Teilnehmer*innen, die dafür gesorgt haben, dass die LINKE als Friedenspartei sichtbar war.



Sommertour machte Station in Geyer

Am 28.08.2020 haben unsere Parteivorsitzende Katja Kipping und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, im Rahmen ihrer Sommertour Station in Geyer gemacht. Als Veranstaltungsort hatten die Organisatoren den Biergarten am Huthaus gewählt. Dieser terrassenartig angelegte Biergarten bietet einen grandiosen Ausblick über die Binge. Vor dieser wunderschönen Kulisse haben sich die beiden mit KommunalpolitikerInnen, aber auch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern getroffen.

Zu Beginn der Veranstaltung gab unser linker Bürgermeister Harald

Wendler einen Überblick über die Entwicklung der Stadt Geyer in den letzten Jahren. Besonderen Wert legte er auf die vielen aktuellen und vergangenen Projekte in „seiner“ Stadt und wie es in Geyer geschafft wurde, den Berg an Schulden abzutragen. Katja und Rico sind in ihren Statements auf die Probleme in der Coronakrise eingegangen. Dabei lag ihr Hauptaugenmerk auf den sozialen Ungerechtigkeiten, die schon immer da sind, aber durch Corona noch sehr viel stärker verschärft werden. In der anschließenden Diskussion machten einige Teilnehmer darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, als Oppositionspartei immer wieder den Finger auf die so-

zialen Themen zu legen. Viele kleine Unternehmer, Künstler oder auch Studierende wissen nicht mehr, wovon sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen, weil sie einfach durch das Raster der staatlichen Förderungen fallen. Was nutzt einem Einzelunternehmer ein Zuschuss des Staates, wenn er diesen nur für Betriebsausgaben verwenden darf? Er braucht auch finanzielle Mittel zur Lebensführung. Wenn aber keine Einnahmen fließen, bleibt am Ende nur Hartz IV mit allen negativen Begleiterscheinungen. Natürlich wurden auch andere Themen angesprochen, angefangen bei ökologischen Aspekten über die Anerkennung von Bildungsabschlüssen bis hin

zu kommunalen Themen der Städte Geyer und Zwönitz.

Es waren zwei kurzweilige, hoch interessante Stunden, die in ihrer Themenvielfalt dicht gepackt waren. Danach ging es für Katja und Rico nach Zwönitz zu einem Stadtrundgang und am Abend zu einer Buchlesung nach Stollberg. An dieser Stelle gebührt dem Organisationsteam um Karoline Loth ein ganz besonderer Dank. Die vielen kleinen Veranstaltungen im ländlichen Raum, mit unterschiedlichen Formaten, machen unsere Partei in ihrer Außenwirkung wieder attraktiver.

• Holger Zimmer

DIE LINKE. Zwickau mit neuem Vorstand

Heiko Döhler blickt zurück auf den 14. Kreisparteitag

Der 14. Kreisparteitag der Partei DIE LINKE Zwickau fand am 12. September 2020 in der Sachsenlandhalle in Glauchau statt. Der Parteitag war in der Planung und Durchführung ein besonderer Parteitag mit Hygienekonzept und den entsprechenden Regeln der Sächsischen Corona Schutzverordnung. Daher wurde er in der Turnhalle durchgeführt.

Als Gäste und Redner*innen nahmen Sabine Zimmermann (Mitglied des Deutschen Bundestages) und Rico Gebhardt (Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Sächsischen Landtag), Alexander Weiß (stellv. Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE) teil.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte waren die Neuwahlen des Kreisvorstandes, des jugendpolitischen Sprechers/in, der Kreisfinanzrevisionskommission, der Delegierten zum Bundesparteitag und der Delegierten zur Landesseniorenkonferenz.

Nach der Eröffnung bedankte sich der Kreisvorsitzende Heiko Döhler bei den Mitgliedern des früheren Kreisvorstandes und der Ortsvorstände des gesamten Kreises für die sehr gute Zusammenarbeit. Er betonte dabei,



dass diese Arbeiten alle im Ehrenamt erledigt werden, was eine hohe Anerkennung verdient und nicht selbstverständlich ist.

Nach der Entlassung des „alten“ Vorstandes wurde der neue Kreisvorstand gewählt. Mit 97,1 Prozent wurde Heiko Döhler erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt, neuer stellvertretender Kreisvorsitzender ist Peter Reichel. Die Geschäftsführerin Gudrun Forner wurde bestätigt. Der neue jugendpolitische Sprecher ist Björn Reichel. In den Kreisvorstand wurden weiterhin gewählt: Elke Schier, Chris-

tian Fraß, Mike Hirsch, Michael Berger und Sacha Wünsch.

Es wurde noch einmal die klare politische Position dargelegt: Medizinische Einrichtungen, egal ob Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, sind nicht dazu geschaffen, Gewinne zu erwirtschaften! Das Personal muss entsprechend bezahlt werden, dabei geht es um gerechte Löhne, nicht um Einmalzahlungen oder dem Klatschen auf dem Balkon. Die durch Corona besonders betroffenen Bereiche wie Kunst, Kultur, Gastronomie, Tourismus, Mes- sebau und vielem mehr, mit vielen Ein-

zelschicksalen benötigen und bekommen unsere volle Unterstützung.

Weiterhin wurden wichtige Beschlüsse zur 2021 bevorstehenden Bundestagswahl und deren Vorbereitung gefasst.

Der Kreisvorsitzende bedankt sich im Namen aller für das Vertrauen.

Regionalkonferenz Zwickau

Die erste Diskussionsrunde zur Strukturdebatte unter Corona-Bedingungen fand am 17. September 2020 in Zwickau statt. Nach der Eröffnung durch Alexander Weiß (stellv. Landesvorsitzender DIE LINKE Sachsen) und einer ersten kurzen Einweisung durch Katrin Pritscha, welche diese Veranstaltung richtig super leitete, begann für die Anwesenden auch gleich die Arbeit in verschiedenen Teams. Durch die Teilnahme von Genossinnen und Genossen aus verschiedenen Strukturen wie Chemnitz, Dresden, dem Erzgebirge, und Zwickau (25 Teilnehmer) war die Arbeit echt spannend, da aus verschiedenen Blickwinkeln vom Stadtverband bis in die große Fläche diskutiert werden konnte.

Thema dieser Diskussion war der Wandel unserer Partei durch Mitgliederschwund und damit verbundene Mittel- und Strukturverlust. Die Arbeit im Haupt- und immer mehr dem Ehrenamt bei doch bleibenden Pflichtaufgaben und den vielen wichtigen freiwilligen Aufgaben. Dabei wurden die verschiedenen Strukturen wie z. B. vom Orts-, Stadt-, Kreisverband, die Jugendarbeit bis hin zum Landesverband betrachtet. Die Zeit von 18 bis 21 Uhr verging dabei wie im Fluge - es war zu wenig Zeit für diese wichtigen Themen, aber wir haben einen Anfang gemacht, um an einer Lösung zu arbeiten. Wir sind uns dabei alle einig gewesen, es ist noch viel Arbeit notwendig, um diese Aufgaben zu lösen. Wenn sich aber jeder von uns nach seinen Fähigkeiten einbringt und notwendige Veränderungen mitträgt, ist dieser Weg der richtige.

Den Ausgang dieses Abends lasse ich jetzt absichtlich offen. Bitte geht selbst zu diesen Regionalkonferenzen in Eurer Region und gestaltet die Zukunft unserer Partei mit. An dieser Stelle noch einmal vielen Dank an die Organisatoren der Veranstaltung.

• Heiko Döhler

Wahlkampf-Nachlese

Wenn eine LINKE eine Stadt regiert, dann ...

Dieser Frage gingen am 15. September 2020 drei Frauen auf dem Hauptmarkt Zwickau auf den Grund. Die LINKE Oberbürgermeisterin von Borna, Simone Luedtke, hatte sich auf den Weg gemacht, um mich im OB-Wahlkampf zu unterstützen. Sabine Zimmermann, Mitglied des Deutschen Bundestages, moderierte das Gespräch. So erzählte Simone Luedtke, dass es nach ihrer Wahl Wetten darauf gab, wann sie heulend davonrennen würde. Das hat sie nicht gemacht und in Borna viel Sehenswertes geschaffen und bewiesen, dass LINKE auch erfolgreich Bürgermeisterin und Bürgermeister sein können. Einen wichtigen Rat gab mir Simone Luedtke mit: „Rede mit den Leuten vor Ort, du musst Meisterin der Bürger sein.“

Im Gespräch wurden meine Wahlkampf-schwerpunkte herausgearbeitet. Die Zuhörer, ob aus dem Rathaus oder den Gaststätten ringsum, konnten dem Trio lauschen. Die Hitze, die an diesem Tag herrschte, ließ alle nach Schatten suchen. Trotzdem stand das Team dann gemeinsam am Stand. Den Hauptmarkt so dekoriert zu sehen, fand ich gut und das lässt perspektivisch neue Ideen reifen.

Hoch hinaus

Die Losung „Soziale Gerechtigkeit ist wichtiger denn je“ war Ende August am Eingang der Inneren Plauenschen Straße zu sehen. Am Aufbau des LKW hatten die Helfer die Losung montiert. Von der Fraktion DIE LINKE im Landtag kam Rico Gebhardt, um den OB-Wahlkampf in Zwickau zu unterstützen. Der Kreisvorsitzende Heiko Döhler und das Unterstützerteam aus Zwickau sorgten für Freiraum, den ich für die Gespräche

brauchte. Die Fragen waren breit gefächert, u.a. von unterschiedlichen Mietpreisen bei der GGZ bis auf die Einflussnahme von Betreuern bei autistischen Familienangehörigen. Auf viele Dinge hat eine Oberbürgermeister*in keinen Zugriff. Aber einen Ansprechpartner zu nennen, hilft weiter. Während am ersten Stand in der Stadt die ganze Welt zu Besuch schien, kamen zum zweiten Auftritt viele Menschen aus Zwickau.

• Ute Brückner



Zwischen Wohnungspolitik und Strukturwandel

Bericht über zwei Wochen Sommer-Rundreise durch Sachsen. Von *Caren Lay*

Jedes Jahr begeben sich auf Sommertour, um Termine wahrzunehmen, für die im sonst hektischen parlamentarischen Alltag nicht genug Zeit bleibt, und den Blick über den Tellerrand zu werfen. Wie schon in den letzten Jahren war ich trotz der Sondersituation mit Corona in diesem Jahr erneut eine Woche durch ganz Sachsen und eine Woche insbesondere in der Oberlausitz unterwegs. Während die Themen Wohnen und Miete insbesondere in den Großstädten in aller Munde sind, wird selten über das Wohnen im ländlichen Raum gesprochen. Aus diesem Grund waren Gespräche mit kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften einer der Schwerpunkte in der ersten Woche meiner diesjährigen Sommertour. Darüber hinaus standen zahlreiche weitere Termine mit Demokratieprojekten und zum Erhalt öffentlicher Infrastruktur auf dem Plan. Die Abende waren gefüllt mit spannenden Veranstaltungen zum Rechtsruck, der wachsenden Ungleichheit in Deutschland und zu linken Instrumenten gegen den Mietensinn. Es gab viele tolle Begegnungen und Diskussionen, die mir für meine weitere politische Arbeit Inspiration geben.

So war ich zum Tourauftakt am 24. August zu Besuch im Landkreis Leipzig. In Begleitung der Wohnungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Juliane Nagel sowie des Kreisvorsitzenden Jens Kretschmar und dem Landesvorstandsmitglied Michael Eichhorn besuchte ich zunächst die Grimmaer Wohnungs- und Baugesellschaft und die Wohnungsgenossenschaft Wurzen. Zu spüren sind in beiden Städten die Wirkungen der wachsenden Beliebtheit und des Zuzugs nach Leipzig sowie die Belastung der Unternehmen durch Alt schulden. Am Nachmittag stand ein Besuch beim Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen auf dem Programm. Probleme mit institutioneller Förderung und der Rechtsruck waren unsere Hauptgesprächsthemen. Der gesellschaftliche Rechtsruck insbesondere in Wurzen und Bautzen war dann auch das Thema der anschließenden Abendveranstaltung mit der sächsischen Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz.

Den zweiten Tag der Tour verbrachte ich im Erzgebirge. Am Vormittag war ich mit Juliane Nagel zu Gast bei der Wohnungsbaugenossenschaft in Annaberg. Anschließend ging es zur Scheckübergabe mit dem Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion Rico Gebhardt zu einem Besuch ins Freibad in Aue. Dabei durfte ich einen Scheck des Fraktionsvereins der Bundestagsfraktion für ein neues Wassertrampolin überreichen. Am Abend diskutierte ich dann in Löbnitz auf einer Podiumsdiskussion mit Rico Gebhardt und zahlreichen weiteren Gästen über die wachsende Ungleichheit in Deutschland.

Am Mittwoch standen für mich Termine im Vogtland auf dem Programm. Zunächst besuchte ich die Oelsnitzer Wohnungsbaugesellschaft und anschließend den Verein Haus und Grund e. V. Plauen. Am Abend diskutierte ich dann mit der Landesgeschäftsführerin Janina Pfau und Maik Schwarz im Malzhaus in Plauen über die Entwicklung von Löhnen, Renten und Mieten in Deutschland. Am vierten Tag der Tour ging es für mich nach Chemnitz, um den Wahlkampf unserer Oberbürgermeisterkandidatin Susanne Schaper zu unterstützen. So kamen wir bei einem gemeinsamen Straßencafé mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ins Gespräch.

Der letzte Tag der ersten Woche meiner Sommertour endete im Landkreis Meißen. Gemeinsam mit dem Kreisrat

Sören Skalicks besuchte ich den internationalen Garten in Meißen. Anschließend traf ich mich gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Anna Gorskih und dem Kreisvorsitzenden Erik Christopher Richter einen Vertreter der Nossen-Risaer-Eisenbahncompagnie. Am Abend ging es in Radebeul bei einer gemeinsamen Diskussion mit Juliane Nagel und Anna Gorskih darum, wie wir die Mietexplosion in Radebeul und Sachsen stoppen können.

Die zweite Woche der Tour begann für mich im Lausitzer Seenland mit der von mir in jedem Jahr initiierten Seenlandrunde. Schwerpunktthema war dieses Jahr der Scheibese, der seit über 20 Jahren als der „Haussee“ der Hoyerswerdaer entwickelt werden soll. Der Kohleausstieg und die damit verbundenen Strukturwandel-Milliarden werden hier neue Möglichkeiten schaffen. Auch deshalb lud ich am Abend des gleichen Tages die OB-Kandidatin Dorit Baumeister zu einer Gesprächsrunde ein und befragte sie nach Ihren Vorstellungen und Ideen für die Zukunft Hoyerswerdas.

Zuvor war ich am Nachmittag zu einem Abstecher in Kamenz und habe dort mit den engagierten Menschen der Stadtwerkstatt gesprochen und der Gedenkstätte KZ Kamenz Herrental einen Besuch abgestattet.

Der 1. September war dann natürlich dem Weltfriedenstag gewidmet. So

sprach ich in Görlitz auf der Altstadtbrücke genau an der Grenze zwischen Deutschland und Polen und später am Dreiländer-Eck Nahe Zittau auf zwei Friedenskundgebungen. Es gibt kaum bessere Orte, um an den Überfall der Wehrmacht auf Polen von vor 81 Jahren zu erinnern und mahndend auf die heutige Welt zu schauen. Zum Abschluss des Tages habe ich in Zittau zusammen mit Kamerad*innen des VVN-BdA Sachsen in einer Lesung aus der Biographie der Lausitzer Antifaschistin Angelika Jannack vorgetragen.

Am Mittwoch konnte ich mich zunächst davon überzeugen, was für eine hervorragende Jugendhilfearbeit im Bautzener Oberland geleistet wird. Meine Besuche im Jugendhaus Wilthen und Jugendhaus Neukirch des Valtenbergwichtel e.V. waren für mich daher insofern erfreulich, als sich hier in den letzten Jahren vieles in eine positive Richtung entwickelt hat. Am Nachmittag schloss sich ein erkenntnisreiches Gespräch mit Olaf Franke von der Tourismus- und Marketinggesellschaft Oberlausitz (MGO) an, bevor der Tag bei einem Besuch des sanierten Umgebungshauses „Alte Schmiede“ in Obergurig ausklang.

Der zweite Tag im Oberland begann mit einem Gespräch mit Betriebsräten der Lausitzer Früchte GmbH zum aktuellen Stand des Arbeitskampfes in ihrem Betrieb. Später ging es buchstäblich in den Wald – zusammen mit dem Forstamt und dem Revierförster am Czorneboh in Cunewalde. Was ich dort zu sehen bekam, hat mich schockiert: Nach drei Dürre Jahren und dem dadurch bedingten extremen Borkenkäferbefall geht es dem Wald extrem schlecht. Bis zu 80 Prozent des Baumbestandes werden nach Einschätzung der Experten vor Ort absterben.

Der letzte Tag meiner Sommertour zog mich dann wieder in den Norden meines Wahlkreises, nach Hoyerswerda. Ich sprach beim Wahlkampfabschluss von Dorit Baumeister auf dem Lausitzer Platz, um sie, keine 48 Stunden vor dem 1. Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl, zu unterstützen.



Aufbruch im Westen des Landkreises: Ortsverband Kamenz-Radeberg wieder gegründet

Am 18. September fand die Mitgliederversammlung der LINKEN Basisregionen Kamenz und Radeberg statt. Dabei wurde beschlossen, den Ortsverband Kamenz-Radeberg neu zu gründen, und ein neuer Ortsvorstand gewählt. Der Ortsverband musste vor zwei Jahren aufgrund von fehlenden Kandidaturen für den Vorstand aufgelöst werden. In der Mitgliederversammlung am Freitag stellten sich nun

aber neun Personen zur Wahl, die allesamt gewählt wurden. Der Vorstand des wiedergegründeten Ortsverbandes setzt sich wie folgt zusammen: Sebastian Schindler (Ortsvorsitzender), Viktoria Knobloch, Ines Kupka, Kerstin Weist, Jens Dietzmann, Bernd Spolwig, Theo Lange, Oliver Franz und Günter Zimmermann. Der neue Ortsvorsitzende Sebastian Schindler erklärt dazu: „Ich bedanke mich für das

Vertrauen und freue mich sehr über den neuen Aufbruch, der in Kamenz vollzogen wurde. Der neue Vorstand ist sehr gut durchmischt, vom 19-Jährigen bis zum 85-Jährigen, vom Neumitglied bis zur erfahrenen Genossin sind alle Altersgruppen vertreten. Der Altersdurchschnitt liegt übrigens bei 43 Jahren, was mich sehr freut und zeigt, dass DIE LINKE sich auch im ländlichen Raum verjüngen und er-

neuern kann. Mein Ziel ist es, als Partei in der Öffentlichkeit weiter präsent zu sein und politische Themen aktiv und offen anzusprechen. Außerdem möchte ich unsere Mitglieder in den einzelnen Gemeinden im Ortsverband besser untereinander vernetzen und insbesondere unsere vielen ehrenamtlichen Mandatsträger*innen in den Stadt- und Gemeinderäten unterstützen.“

Schule in Sachsen in Zeiten der Pandemie

Marco Götze vom Sprecher*innenRat zu den Thesen der LAG Bildung im Schuljahr

Schule steht auch in Sachsen in Zeiten der Pandemie vor besonderen Herausforderungen. Das trifft auf alle Beteiligten zu: Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen, Schulangestellte. In Zeiten der Corona-Krise wurden Widersprüche, Defizite, Chancen und Entwicklungsbedürfnisse besonders deutlich. Die LAG Bildung hat zu Schuljahresbeginn daher unter breiter Beteiligung Thesen zu Anforderungen an Schule in Zeiten der Pandemie erarbeitet, die wir gern als Diskussionsbeitrag in die Debatte um die Schulpolitik und Corona einbringen möchten. Zu allen Thesen gibt es weitere Hintergrundüberlegungen, die auf der Homepage der LAG veröffentlicht sind.

These 1: Die Veränderung des Unterrichtens als Dauerzustand begreifen

Das Schulsystem in Sachsen muss aller Voraussicht nach davon ausgehen, dass ein Mix zwischen Präsenzunterricht und digitalem Fernunterricht noch längere Zeit anhalten und sich intensivieren wird. Ein Zurück zum ausschließlichen Präsenzunterricht wird es nicht geben. Es gilt nun aber, das aus der Notwendigkeit Geborene weiterzuentwickeln.

Das heißt für uns konkret:

- Ausstattungsprogramme mit Hardware, Software und mobilen Endgeräten für die heimische Nutzung
- Umsetzungen von technischen Aufrüstungsprogrammen, langfristigen Wartungsprogrammen
- hinreichende Weiterbildungsangebote
- Ausbau und Weiterentwicklung von LernSax

These 2: Gesundheit aller muss oberste Priorität haben

Die anhaltende Pandemie-Situation bleibt für alle im Massenbetrieb Schule Tätigen immer noch gefährlich, da Abstandsregeln in vollen Schulen auch bei besten Hygienekonzepten und bei aller Vorsicht an Grenzen stoßen. Die Gesundheit aller Beteiligten hat für uns weiterhin Vorrang vor allen sonstigen Belangen. Wir wollen Präsenzunterricht soweit bei Gefahrenminimierung möglich, aber nicht um jeden Preis.

Das heißt für uns konkret:

- Ausreichende, mindestens wöchentliche Tests für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und alle sonstigen an den Schulen Beschäftigte
- Rücksichtnahme bzw. Beibehaltung der Rücksichtnahme auf Personen mit besonderen Risikofaktoren
- Förderung von Programmen für die flächendeckende Ausstattung von Unterrichtsräumen, Sanitäreinrichtungen und Nebenräumen mit notwendigen Hygieneeinrichtungen und -mitteln.



Bild von Marcus Späcker auf Pixabay

These 3: Die sozialen Folgen der Pandemie mildern: Herkunft darf nicht Schulerfolg bestimmen

Der bisherige Lockdown und die Zeit des digitalen Unterrichtens haben aufgrund der unterschiedlichen häuslichen Arbeitsmöglichkeiten und -bedingungen zu einem weiteren Auseinanderdriften der Chancengleichheit und des Lernerfolges geführt. Wie auch immer sich die Pandemiesituation entwickelt, dies bleibt eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Situation und entsprechender Maßnahmen. Dies gilt es mit allen Möglichkeiten auszugleichen und zu beheben.

Das heißt für uns konkret:

- Möglichkeiten zur freiwilligen individuellen und gebührenfreien Zusatzförderung
- Infrastruktureller Ausgleich für Gemeinden mit schlechtem Internetzugang für Schülerinnen und Schüler

These 4: Die überfällige strukturelle Reform der Schule vorantreiben: Längeres gemeinsames Lernen, Schule wohnortnah

Auch wenn Sachsen unter den deutschen Ländern ein scheinbar erfolgreiches Schulsystem hat, so sind doch alle deutschen Länder in vielfältigen Bildungsbereichen und insbesondere bezüglich der Abhängigkeit der Bildungserfolge von der Herkunft weit entfernt von europäischen Spitzenplätzen. Es bleibt dabei: Das geteilte Schulsystem muss zugunsten eines längeren gemeinsamen Lernens überwunden werden. Insbesondere im ländlichen Raum können Gemeinschaftsschulen garantieren, dass die Schule wohnortnah bleibt.

Das heißt für uns konkret:

- Förderung der (echten) Gemeinschaftsschule durch Umwandlung von Schulen in solche
- Förderung bei Neuerrichtung von

Gemeinschaftsschulen, insbesondere im ländlichen Raum

- Beachten der Option der späteren Umwandlung von Schulen in Gemeinschaftsschulen bei allen kommunalen Um- und Neubauten von Schulgebäuden
- Forderung nach Umwandlung von Landesoberschulen bzw. -gymnasien in Gemeinschaftsschulen (z. B. für Sport in Leipzig)

These 5: Menschen nicht länger am Bildungssystem scheitern lassen – Schule für alle allseitig und erfolgreich

Soziale Ungleichheit, Elitedenken und fragwürdige Nützlichkeitsideologien zementieren in Sachsen weiter einen antiquierten Zustand von Schule, der sicher auch Erfolge produziert, aber in hoher Zahl auch das Scheitern des Bildungsweges allzu vieler Jugendlicher mit allen psychischen und gesellschaftlichen Folgen, oft ohne Schulabschluss. Das entsprechende Gerüst flankierender Hilfen aus Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Entwicklungsberatung und auch der zeitliche Rahmen für das Zwischenmenschliche sind viel zu schwach ausgebaut. Das muss sich ändern.

Das heißt für uns konkret:

- Programm zur Gewährleistung der Förderung und Finanzierung von flächendeckender Schulsozialarbeit (schrittweise) als Landesziel
- Ausbau der Versorgung mit Schulpsycholog*innen
- in Lehraufträgen und Stundentafeln eingeräumte, bezahlte Klassenleiter*innenstunden
- Aufbau von multiprofessionellen Teams aus Expert*innen

These 6: Die personelle Ausstattung massiv aufstocken: Lehrerinnen und Lehrer kontinuierlich einstellen, ausreichende Reserven für Vertretungen planen, Fächerumschulungen erleichtern

Die jahrelange verfehlte Personalpolitik der Staatsregierung hat bis heute nicht nur ein altersmäßig unausgewogenes Personaltableau in vielen Schulen aller Schulformen hinterlassen. Auch viele Ausbildungswege waren schulartfremd oder Notausbildungen. Auf jahrelange Nichteinstellungen folgten Rettungsprogramme im Schnellschuss. Eine qualitätvolle weil praxisorientierte, für den Bedarf hinreichende Lehramtsausbildung muss nunmehr einer kontinuierlichen Einstellung von Lehrkräften vorangehen, um Mangel und Unterrichtsausfall zu begegnen.

Das heißt für uns konkret:

- in Kooperation mit den Hochschulen Steigerung der Kapazitäten für die Lehramtsausbildung
- Steigerung der Praxistauglichkeit der Ausbildung durch frühzeitigen praktischen Bezug in den Schulen
- kontinuierliche Einstellung der grundständig ausgebildeten Lehrkräfte
- Programme zur Lehramtsqualifikation in Zusatzfächern

These 7: Gerechte Lern- und Arbeitsbedingungen so schnell wie möglich umsetzen, Schule als sozialen Raum stärken

Für uns entscheidet das Umfeld der Schule als sozialer Raum ganz entscheidend über die Chancengleichheit von Schülerinnen und Schülern auf ihrem Bildungs- und Entwicklungsweg. Daher gilt es, die Schule als ausgleichenden sozialen Raum weiterzuentwickeln.

Das heißt für uns konkret:

- Kostenloses warmes Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler
- Absicherungen und Schaffung von Schulbibliotheken mit Betreuung, dauerhaft Bezahlung und Absicherung der Schulbibliothekar*innen
- Ziel bleibt die wirkliche rhythmisierte Ganztagschule

These 8: Mitwirkung von Eltern- und Schüler*innenvertretungen ausbauen und stärken

Die Mitwirkung von Eltern und Schülern muss zu einer verbindlichen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium, Schulträgern, Schule, Eltern und Schülern ausgebaut werden.

Das heißt für uns konkret:

- verpflichtende Einbeziehung und Information von Eltern in die Entscheidungsprozesse auf kommunaler und Landesebene
- Auskunftsrecht zu Bildungsthemen, wie Schulorganisation, Schulnetzplanung, Bedarfsplanung und Lehrplanentwicklung.

30 Jahre Einheit: Für Ostrentnerinnen und -rentner kein Grund zum Feiern

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Am 3. Oktober werden bei vielen Rentnerinnen und Rentnern im Osten nicht die Sektkorken geknallt haben. Denn immer noch werden die Ostdeutschen systematisch bei der Rentenberechnung benachteiligt. Ein erarbeiteter Rentenpunkt ist im Osten weniger wert als im Westen. Diese Gerechtigkeitslücke ist zwar kleiner geworden, aber immer noch da. Jahrzehntlang haben Rentnerinnen und Rentner wegen dieser Ungerechtigkeit viel Geld verloren! Grund genug für die Linksfraktion, die Staatsregierung erneut zum Handeln aufzufordern.

Die meisten Menschen in Sachsen sterben laut dem Statistischem Landesamt im Alter von 65 bis 85 Jahren. „Wer vor 2000 in Rente ging, hat also nur eine geringe Chance, die Renteneinheit zu erleben. Das ist nicht hinnehmbar“, mahnte **Susanne Schaper, Sprecherin für Sozialpolitik**, in der Debatte zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „30 Jahre unvollendete Renteneinheit: Endlich Lebens- und Arbeitsleistungen von Ostdeutschen anerkennen, Renten- und Versorgungsrecht beenden“. Seit Jahren streitet die Linksfraktion für die unverzügliche Angleichung der Rentenwerte. Die Kosten sind aus Steuermitteln zu finanzieren. Die Regierenden wollen die Angleichung erst 2025 erreichen, mit 35 Jahren Verzögerung – ein bleibender Skandal!

Mittlerweile gehen Menschen in Rente, die den Großteil ihrer Erwerbstätigkeit nach 1990 geleistet haben. Ihnen ist nicht zu vermitteln – nachdem viele für dieselbe Arbeit schon weniger Geld erhalten haben als Westkolle-

ginnen und -kollegen –, weshalb eine in Sachsen verdiente Mark oder ein in Sachsen verdientes Euro bei der Rentenberechnung noch bis 2025 weniger wert sein soll als eine in Baden-Württemberg verdiente Mark oder ein in Baden-Württemberg verdientes Euro.

Noch immer nicht entschädigt werden zudem in der DDR geschiedene Frauen, die teils in extremer Altersarmut leben. Denn die begünstigenden Renten-Regelungen, die sie in der DDR besaßen, wurden nach 1990 gestrichen. Bekommen haben sie nur leere Versprechen. „Wir fordern die Staatsregierung auf, auch in dieser Sache im Bund auf eine Lösung zu drängen“, so Schaper. „Das gilt auch für einen Gerechtigkeitsfonds, den die Angehörigen zahlreicher Personen- und Berufsgruppen sich erhoffen, nachdem sie

um einen Teil ihrer Rentenansprüche gebracht worden sind.“ 98 Prozent der hunderttausenden Betroffenen sollen nach bisherigem Stand aber nicht profitieren, weil sie mehr als 811 Euro Rente erhalten. Dabei geht es etwa um ehemalige Krankenschwestern, Bergleute, Angehörige der Reichsbahn und der Deutschen Post der DDR, Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens, Land- und Forstwirte, Handwerker sowie Angehörige des öffentlichen Dienstes, der Armee, der Polizei und des Zolls, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortgesetzt haben.

Schapers Fazit: „Sogar in den Westen geflüchtete DDR-Bürger sind von der Ungerechtigkeit betroffen. Es ist zynisch, dass die Regierenden auf eine biologische Lösung dieser Probleme setzen.“



Bild von Wolfgang Eckert auf Pixabay

Was Demokratiewerk mit Zähneputzen zu tun hat

Der Tag der Deutschen Einheit ist Aufhänger für Erfolgsgeschichten. Das allein aber wird der Vielzahl an gegenläufigen Tendenzen nicht gerecht. 30 Jahre Nachwendzeit sind auch 30 Jahre Kampf für eine lebendige Demokratie und gegen Hass. Erinnerungen etwa an die extrem rechten Ausschreitungen in Hoyerswerda oder an die „Baseballschlägerjahre“ sind damit verbunden. Hinzu kommen Alltagsrassismus, Demokratieverdrossenheit und verbreitetes Misstrauen in demokratische Institutionen sowie extrem rechte und neonazistische Kontinuitäten, die das Eintreten für Demokratie und gegen Menschenverachtung so dringlich machen. Bis heute gibt es in Sachsen Angstzonen, in denen Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer Lebensentwürfe, ihrer politischen und religiösen Vorstellungen oder ihrer sexuellen Orientierung zur Zielscheibe werden können.

Der Freistaat betreibt viele Förderprogramme zugunsten von Demokra-

tieprojekten, die nicht nur widersprechen, aufklären und beraten, sondern auch Möglichkeiten des Engagements, der Beteiligung und Mitgestaltung aufzeigen. Die Staatsregierung sollte alle zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen weiter dauerhaft unterstützen, die sich für demokratische Beteiligung und gegen Fremden- und Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, die extreme Rechte, Hass und Gewalt einsetzen. Das war eine klare Forderung von **Anna Gorskih, Sprecherin für Demokratiewerk**, im September-Plenum. „Das ist auch vor dem



Bild von Ulrike Weicheltberger auf Pixabay

Hintergrund wichtig, dass Sachsen im kommenden Jahr monatelang ohne beschlossenen Landeshaushalt dastehen wird und deshalb dringend eine Lösung gefunden werden muss, damit die Fördermittel weiter fließen. Außerdem soll die Regierung ein Demokratiefördergesetz vorlegen, das die dauerhafte Förderung sichert.“

Niemand wird als Demokratin oder Demokrat geboren. Demokratie muss erlernt und erlebt werden – in der Familie, in der Schule, im Verein, im Jugendclub, auf der Arbeitsstelle. Deswegen ist Demokratiewerk unerlässlich. Sie trägt Früchte aber nicht nach ein paar Workshops, sondern nur dann, wenn sie kontinuierlich betrieben wird. Gorskih: „Demokratiewerk ist wie Zähneputzen: Wenn man sie vernachlässigt, wird's braun.“ Die Koalition lehnte zwar ab, versprach aber, für Förderung zu sorgen. Wir werden sie an ihren Taten messen.

Vaatz statt Versöhnung

In den letzten Jahren war die Linksfraktion stets zugegen, wenn der Landtag am 3. Oktober zur Feierstunde zusammenkam. Diesmal aber saßen nur zwei der fünf Fraktionen im Saal – denn neben der sozialen Opposition waren auch Grüne und SPD ferngeblieben. Grund war die Entscheidung von Parlamentspräsident Matthias Röbber, ausgerechnet seinem Meißener Parteifreund Arnold Vaatz die Festrede zu überlassen. Der ist alles andere als ein Versöhner – und die Feierstunde, bei der auch Röbber selbst und Ministerpräsident Kretschmer das Wort ergriffen, geriet zur CDU-Showveranstaltung.

„Wir sind nicht scharf darauf, uns in einem Nebel der Selbstbeweihräucherung weitere krude Thesen eines Festredners anzuhören, der sich längst ins politische Abseits manövriert hat“, begründete Rico Gebhardt die Entscheidung. „Herr Vaatz kann nach Belieben seine Meinung sagen – aber die Meinungsfreiheit gibt niemandem das Recht, seine Meinung zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort zu äußern. Wir halten Arnold Vaatz nicht für einen geeigneten Festredner an diesem Tag.“

Anders als Röbber bezweifelt die Linksfraktion, dass Vaatz „unbeirrt für eine freie Gesellschaft“ eintritt. Mit dem Argument, jemand stehe eben für pointierte Aussagen, lässt sich nicht jede verbale Grenzüberletzung rechtfertigen. Herr Vaatz vertrat in einem rechtspopulistischen Medium die Auffassung, die heute Regierenden behandelten die Proteste gegen Corona-Eindämmungsmaßnahmen beinahe so wie die SED die Proteste 1989 in der DDR. Er meint, der Kampf vieler für die Energiewende weise „ähnliche Züge“ auf wie „Formen von Gleichschaltung aus der Geschichte der europäischen Diktaturen“. Vaatz schämt sich auch dafür, dass unser Staat nicht-heterosexuellen Paaren die Ehe zubilligt, weil damit „Lebensauffassungen unserer Vorfahren“ verloren hätten.

Nach 30 Jahren muss es aber vor allem um gegenseitige Aufklärung und Versöhnung gehen, nicht um das Schüren weiteren Grolls. Von Vaatz ist dazu kein tauglicher Beitrag zu erwarten. Zur Versöhnung zwischen Ost und West konnte das Parlament so nicht beitragen.

Kurz gemeldet: Bilanzen, Haushalt, Polizisten



Eigentlich ist ein neuer Koalitionsvertrag notwendig

Die Landtagswahl 2019 ist ein Jahr her. Die Kenia-Koalition arbeitet weit aus weniger harmonisch als man uns glauben machen will: Das sieht man schon daran, dass die Regierungsfractionen im Parlament deutlich weniger aktiv sind als vorherige Koalitionen. Schwerer wiegt aber, dass der Koalitionsvertrag schon jetzt Makulatur ist, nicht nur wegen Corona. Bildungsticket, Energie- und Klimaprogramm, Schulgeldfreiheit für Erzieherinnen und Erzieher – alles kommt bestenfalls verspätet, vieles steht in Frage. Eigentlich müsste ein neuer Koalitionsvertrag ausgehandelt werden, meint Rico Gebhardt in seiner Zwischenbilanz.

Moria: Eine Katastrophe mit Ansage

Das größte der Elendslager auf den griechischen Inseln, Moria auf der Insel Lesbos, ist abgebrannt. 13.000 Menschen, darunter viele Kinder, brauchen dringend Hilfe. Moria war eine Katastrophe mit Ansage, die sich nicht wiederholen darf – es ist eine Schande für ganz Europa, dass der Kontinent ein ganzes Jahr lang nicht imstande war, die Situation zu entschärfen. Wir hatten seit Jahresbeginn die schwarz-grün-rote Regierung zum Handeln gedrängt. Wir forderten, insgesamt bis zu 500 Geflüchtete aus den Lagern in Griechenland in Sachsen aufzunehmen und Druck auf Bundesinnenminister Seehofer zu machen, damit er ein Landesaufnahmeprogramm genehmigt. Doch das haben CDU, SPD, Grüne und AfD im Sozialausschuss nach zehnmündiger Debatte abgelehnt. Wir finden weiterhin, dass Sachsen mehr tun kann und muss.

Sachsens Polizei beschaffte noch mehr Daten von Corona-Betroffenen als bisher bekannt

In der Sommerpause hatte die für Innenpolitik zuständige LINKEN-Abgeordnete Kerstin Köditz mit einer Kleinen Anfrage aufgedeckt, dass sich die Polizei im Frühjahr Daten zu mit dem Corona-Virus infizierten Personen von mehreren Gesundheitsämtern beschafft hat. Nun stellt sich heraus: In Sachsen sind in noch größerem Umfang als bislang eingeräumt personenbezogene Informationen zu Corona-Infizierten und zu Menschen in Quarantäne an die Polizei geflossen. Bisher war bekannt, dass das Landratsamt Sächsische-Schweiz Osterzgebirge im März und April entsprechende Listen an die Polizeidirektion Dresden und mehrere Reviere im Kreisgebiet sandte – ohne erkennbaren Sinn, ohne klare Rechtsgrundlage und selbst dann noch, als das Innenministerium die pauschale Übermittlung an die Polizei bereits ausdrücklich untersagt hatte. Nun kam heraus: Der Landkreis Görlitz übermittelte vom 20. März bis

zum 1. April sieben Mal Datensätze zu Quarantänefällen an die Polizeidirektion Görlitz. Drastischer ging es im Kreis Zwickau zu: Dort sandte das Landratsamt ab dem 24. März täglich eine Auflistung von Quarantänefällen an die Polizei. Datenschutz gilt auch in Corona-Zeiten!

„Schubs mich und du fängst dir 'ne Kugel“ – jetzt auch Thema im Landtag

Bei der „Evacuate them all“-Demo am 20. September 2020 in Dresden hat ein Einsatzleiter der Polizei gegenüber Demonstrierenden den Satz „Schubs mich und du fängst dir 'ne Kugel“ geäußert. Die Polizeidirektion Dresden und der Ministerpräsident hatten

dürfte auch nicht deren Sicherung gedient haben. Es muss unmissverständlich klargestellt werden, dass ein solches Verhalten falsch ist. Wir fordern Aufklärung.

Eine Kürzungsorgie wird am Ende nur noch teurer

Die aktuelle Steuerschätzung verheißt auch für Sachsen sinkende Einnahmen. Finanzminister Hartmut Vorjohann läuft sich warm für die Haushaltsdebatte. Schon wieder ist die Rede davon, dass der Freistaat zu viel Personal beschäftigte, und Kürzungen stehen in Aussicht – schon mit Blick auf den Fetisch der CDU für die sogenannte Schuldenbremse. Erfahrungsgemäß trifft es zuerst den Sozial- und



ihm umgehend öffentlich den Rücken gestärkt – obwohl öffentlich zugängliches Videomaterial erhebliche Zweifel an der Darstellung der Polizeidirektion Dresden weckt und nahelegt, dass der Ministerpräsident in seiner Äußerung zum Geschehen die Unwahrheit verbreitet hat. Die Situation war teilweise unübersichtlich, der Beamte wurde bedrängt und stand unter Druck. Allerdings war er nicht „umringt“, wie Kretschmer behauptet, und es bestand nach unserer Einschätzung auch kein Anlass für ihn, seine Waffe vor einer Wegnahme zu sichern – in drei Richtungen befand sich niemand nahe bei ihm. Dass er seine Pistole halb aus dem Holster gezogen hat,

Kulturbereich, und die Folgekosten sind dann umso höher. Wir werden darauf dringen, dass es solidarisch und gerecht zugeht. Außerdem sollte die Verfassung schnellstmöglich geändert werden, damit die Corona-Kredite nicht binnen acht Jahren getilgt werden müssen. Das dürfte die Rechtfertigung tiefer Einschnitte werden.

Rettungsschirmchen für Bus und Bahn

Weil wegen der Corona-Pandemie Fahrgäste fehlen, haben die Verkehrsunternehmen große Einbußen – der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen schätzt den Einnahmever-

lust für Sachsen bereits bis August 2020 auf mindestens 122 Millionen Euro. Die Staatsregierung hat einen „ÖPNV-Rettungsschirm“ beschlossen. Grund für Eigenlob hat Verkehrsminister Dulig dennoch nicht. Denn die Verkehrsunternehmen hatten gerade einmal zwei Wochen Zeit für ihre Anträge, und sie bekommen auch höchsten 70 Prozent der Ausfälle ersetzt.

Fragen über Fragen an die Regierung – 1: Corona und die Folgen

Die Linksfraktion hat in der Sommerpause zwei Große Anfragen an die Staatsregierung erarbeitet. Die größere umfasst 326 Einzelfragen und zielt auf eine Corona-(Zwischen) Bilanz: Wie lief das Krisenmanagement, welche Folgen hat die Pandemie, was ist zu lernen? „Wir haben lange mit uns gerungen, ob wir die Regierung derart umfangreich befragen sollen. Aber das Coronavirus und der notwendige Seuchenschutz haben seit dem Frühjahr so tief in alle Lebensbereiche eingegriffen, dass wir nicht zur Tagesordnung übergehen können“, sagt Fraktionschef Rico Gebhardt. Die Ministerien haben zehn Wochen Zeit zum Antworten.

Fragen über Fragen an die Regierung – 2: 30 Jahre Sachsen in der Bundesrepublik

150 Fragen hat die Linksfraktion auch zum Thema „Sachsen: 30 Jahre Land der Bundesrepublik!“. Die CDU hat schon gezeigt, dass es ihr beim Jubiläum mehr um Euphorie als um Ehrlichkeit geht. Wir wollen tiefgründiger ran: Unser Ziel ist eine unvoreingenommene Bilanz des Erreichten und Unerreichten – auch was das Handeln der CDU-geführten Regierungen seit 1990 angeht. Neben Bildung, Kreisgebietsreformen, Kultur, Armut oder Gesundheit blicken wir auf das rare Ost-Personal in Ost-Führungsfunktionen, auf Bundesbehörden, Wirtschaftsstruktur, Lohnentwicklung, Lebenshaltungskosten, die Medienlandschaft und die Frage, was mit den Liegenschaften der NVA und der sowjetischen Streitkräfte passiert ist.

#sogehtsolidarisch – jetzt abonnieren

Zeit ist knapp, und wir alle freuen uns über prägnante Information. Deshalb gibt's auf Wunsch per E-Mail das Wichtigste von links aus Sachsens Parlament – ohne Tamtam und Textwüsten.

Jetzt abonnieren:
www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
#sogehtsolidarisch Juli 2020

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Gefährliche Lage in Belarus



Eine Einschätzung von *Björn Reichel*, Mitarbeiter von MdEP Dr. Cornelia Ernst

In Belarus gibt es seit der Präsidentenwahl am 9. August Proteste und Streiks gegen den autoritären Staatschef Lukaschenko, der seit 26 Jahren an der Macht ist. Auslöser sind Fälschungsvorwürfe, nachdem sich der 65-Jährige mit 80,1 Prozent der Stimmen zum Sieger der Präsidentschaftswahl hatte erklären lassen. Nach den Wahlen ging die Regierung willkürlich und brutal gegen die Bevölkerung vor, mehrere tausend Demonstrant*innen, die den Rücktritt des Präsidenten forderten, wurden festgenommen. Unter ihnen sind auch Pavel Katarzheuski, Vorstandsmitglied unserer Schwesterpartei „Gerechte Welt“, sowie der Vizepräsident der Grünen Partei. Inzwischen ist ein Teil der Inhaftierten wieder auf freiem Fuß, unter anderem auch unsere Genoss*innen.

Es gebe für die Europäische Union „keinen Zweifel daran, dass es massive Regelverstöße bei den Wahlen gegeben hat“, so die Aussage der Bundeskanzle-

rin nach einem Sondergipfel zur Lage in Belarus. „Die Wahlen waren weder fair noch frei. Und deshalb kann man die Ergebnisse dieser Wahlen auch nicht anerkennen.“ Da Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft innehat, sprach die Kanzlerin für den Rat der Europäischen Union, welcher unter anderem die EU auf der internationalen Ebene vertritt.

Die Präsidentschaftswahlen fanden vor dem Hintergrund einer sich massiv verschlechternden Menschenrechtssituation im Land statt. Viele Bürger*innen leben in Furcht vor Repressalien, vor allem die direkten Gegenkandidat*innen des Präsidenten. Schon länger schwelte Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die Einschränkungen des alltäglichen Lebens wurden immer rigider, unabhängige Medien wurden nach und nach ausgeschaltet. Menschen, die ihre Stimme erheben, verschwinden spurlos oder fliehen im Angesicht der Andro-

hung von Repressalien aus dem Land. Seit Jahren befindet sich das Land in einer Wirtschaftskrise, die soziale Lage hat sich immer weiter verschärft. Im Land wird die Corona-Pandemie nur mangelhaft bekämpft, der Zustand des Gesundheitssystems ist kritisch. Präsident Lukaschenko leugnet die Gefährlichkeit des Virus.

Unsere Fraktion im Europäischen Parlament hat zur anhaltenden Situation in Belarus Stellungnahme bezogen. Die Vorsitzenden der GUE/NGL Mannon Aubry und Martin Schirdewan verurteilten die Gewalttätigkeiten gegen Demonstranten, forderten die Achtung des Rechts auf friedliche Demonstrationen und riefen alle internationalen Akteur*innen auf, von Einmischungen abzusehen und sich für den Abbau der Spannungen im Land einzusetzen. Auch hat der Parteivorstand der LINKEN positionierte sich und forderte, umgehend alle politischen Gefangenen freizulas-

sen. Die Gewalt gegen friedlich Protestierende müsse ein Ende haben, die Menschen- und Bürger*innenrechte seien zu wahren. Es geht um die Rechte auf Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit sowie faire und freie Wahlen. Es müsse unabhängige Wahlbeobachter*innen von OSZE und Europarat sowie von Vertreter*innen der Proteste und Streiks vor Ort geben, um Unregelmäßigkeiten während der Wahl aufzudecken und eine transparente Neuauszählung der Stimmzettel zu gewährleisten.

Doch momentan scheint die Lage verfahren, da die Proteste im Land weiter anhalten und sich auf alle Teile der Bevölkerung ausgedehnt haben, aber Lukaschenko sich den Forderungen der Opposition nicht beugen will. Unterdessen halten wir an unseren Forderungen fest und unterstützen unsere Schwesterpartei auf ihrem schwierigen Weg, die Diktatur in Belarus zu beenden.

Neuer Mitarbeiter in Dresden

Seit Ende Mai 2020 arbeite ich im Dresdner Regionalbüro von Cornelia Ernst. Mein Wirken im Büro hat eigentlich schon im Frühjahr 2019 begonnen. Im letzten Jahr habe ich am Mentoringprogramm des Bundesverbandes der LINKEN teilgenommen und mit Conny eine Mentorin gehabt, die mir einen Einblick in die politische Arbeit auf europäischer Ebene gegeben hat. Das Programm bestand zum einen Teil aus Bildungsangeboten und Seminaren mit den anderen Mentees und zum anderen Teil aus der Begleitung und Zusammenarbeit mit den Mentor*innen. Dadurch hatte ich die Möglichkeit, Menschen aus dem ganzen Bundesland kennenzulernen, mich auszutauschen und fortzubilden. Ich hatte aber ebenso die Chance, die Arbeit im Europabüro kennenzulernen, an Klausuren und Terminen teilzunehmen und ganz ungezwungen in die Welt einer Europaabgeordneten und ihres Teams einzutauchen. Nun bin ich allerdings nicht mehr als Mentee im Büro tätig, sondern darf mich hauptamtlich mit meinen Kolleg*innen in Brüssel und Mainz für ein soziales und solidarisches Europa einsetzen.

Aufgewachsen bin ich an der Ostseeküste in der Nähe von Rostock. Für das Studium der Politikwissenschaft bin ich 2015 nach Dresden gezogen. Mein politisches Interesse und Engagement habe ich aber nicht erst hier entdeckt. Mein erstes Transpi habe ich nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima gemalt und damals lange an den Mahnwachen teilgenommen. Nur wenige Wo-

chen zuvor war ein Castor-Transport durch meinen damaligen Wohnort gerollt – die Proteste, auch in dem kleinen Ort, in dem sonst nie irgendetwas los war, haben bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Kurze Zeit später war ich dann als Schülersprecher* aktiv, ständiger Gast im Büro der Schulleitung und dann auch Mitglied im Landeschüler*innenrat in Mecklenburg-Vorpommern.

Dort habe ich mich auch noch nach meiner Schulzeit in einem Verein engagiert, der das Ziel hatte, Schülermitwirkungsstrukturen aufzubauen, zu stärken und Schülervertreter*innen fortzubilden. So bin ich viele Monate übers „platte Land“ von Schule zu Schule gereist, ha-

be Schüler*innen getroffen, sie in Rhetorik, Projektmanagement und in ihren Rechten und Pflichten aufgeklärt und auf mehrtägigen Seminaren für Schülersprecher*innen wenig geschlafen. Doch erst in Dresden habe ich dann nach der Bundestagswahl 2017 damit begonnen, mich auch parteipolitisch zu engagieren.

Der Einzug der AfD in den Bundestag war noch in der Nacht der Wahl der Anlass für mich, der Partei DIE LINKE beizutreten. Dabei wollte ich aber nicht nur stummes Mitglied sein, sondern, so wie ich und andere es auch von mir kennen: mitreden, mitmachen und gestalten. Nach einigem Suchen führte mich mein Weg zur linksjugend. Besonders die

Möglichkeit, Dinge schnell und unkompliziert umzusetzen, begeistert mich nach wie vor an der Arbeit im Jugendverband. Wer Ideen hat und interessiert daran ist, politisch aktiv zu werden, hat hier alle Möglichkeiten und wird immer auf Menschen stoßen, die einen dabei unterstützen.

Im Büro von Cornelia Ernst möchte und werde ich unter anderem den Blick auf Sachsen richten und die Vernetzung mit unseren Partner*innen weiterführen und stärken. Dazu zählen natürlich auch die Genoss*innen vor Ort. Neben der Bewältigung des Verwaltungsmonters Brüssel ist es mir ebenso ein Anliegen, die Abläufe und das Geschehen auf europäischer Ebene zugänglich zu machen. Denn, machen wir uns nichts vor, was in der EU passiert, ist nicht immer wirklich leicht nachvollziehbar. Vielschichtige Prozesse, hunderte Abgeordnete, unbekannte Abläufe und und und ... Dabei passieren dort täglich wahnsinnig wichtige und spannende Dinge und auch als LINKE können wir auf europäischer Ebene ordentlich mitmischen.

Klimaschutz, Migration, Datenschutz, Menschenrechte – das ist nur eine kleine Auswahl an Themen, die nicht nur national gedacht werden können. Hier braucht es internationale Solidarität und Zusammenarbeit, gemeinsame Regelungen und Lösungen. Ich freue mich auf eine spannende und sicherlich aufregende Zeit.

• Leo Lentz



Bild: Christopher Golditz

In bitterster Not eine Perspektive eröffnet

Winfried Steffen erinnert an die Situation der Jugend nach Kriegsende

befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Von den 1.238.231 Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren, die 1945 in der sowjetischen Besatzungszone lebten, waren 75 Prozent Mädchen. Zahlreiche junge Menschen litten an Unterernährung. Im ersten Nachkriegsjahr war die Todesursache bei 29 Prozent der männlichen und 42 Prozent der weiblichen Verstorbenen im Alter von 15 bis 30 Jahren Tuberkulose. Hunger, Wohnungsmangel, Krankheiten, unzureichende Bekleidung stürzten große Teile der Jugend in Resignation und Apathie. Dazu kamen die geistigen Trümmer. Kein anderer Bevölkerungsteil hatte derart unter faschistischer Ideologie und Propaganda gestanden.

Bereits am 31. Juli 1945 gestattete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in größeren und mittleren Städten der sowjetischen Besatzungszone die Bildung Antifaschistischer Jugendausschüsse. In dem entsprechenden Dokument, das von deutschen (Wilhelm Pieck, Erich Honecker) und sowjetischen Kommunisten erarbeitet wurde, hieß es: „Den Jugendausschüssen ist eine große Verantwortung für die Erziehung der deutschen Jugend übertragen. Ihre Aufgaben bestehen darin, in der deutschen Jugend das von den Nazis getötete Gefühl für Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge, Sittlichkeit und Verbrechen neu zu

erwecken, die Naziideologie aus ihren Köpfen zu entfernen und die Jugendlichen zu ehrlich denkenden Menschen zu erziehen, damit sie mit jugendlicher Begeisterung mitarbeiten an der großen Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung Deutschlands.“

Die Jugendausschüsse, die in der sowjetischen Besatzungszone vielerorts gebildet wurden, sollten eng mit den Abteilungen Volksbildung zusammenarbeiten und von dort finanzielle Hilfe erhalten. Federführend für deren Tätigkeit waren von Beginn an einstufige kommunistische und sozialdemokratische Jugendfunktionäre. Sie setzten sich für den Aufbau einer einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation ein, überparteilich und für Jugendliche aller sozialen Schichten und Konfessionen – im Unterschied zur Weimarer Republik mit einer Vielzahl unterschiedlicher Jugendverbände.

Das war eine große Chance für die von den Nazis verführte und missbrauchte Jugend sowie für bisher Uninteressierte. Da bisher fast die gesamte Jugend bei Hitlerjugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM) zwangsorganisiert war, mussten Bedingungen für deren Mitarbeit festgelegt werden. Maßgebend war die Position der KPD, die es ablehnte, die von Hitler verführte junge



Gründungsfeier der FDJ-Berlin, 2. November 1947 im Friedrichstadtpalast

Genration pauschal zu verurteilen – sie wollte vielmehr das Vertrauen der Jugend zu aktivem Mitwirken gewinnen (mit Ausnahme besoldeter Führer in der HJ). Auf diese Weise wurde es den Jugendlichen ermöglicht, sich von jedem noch so kleinen Schuldgefühl am Völkermord frei zu machen.

Mit den Antifaschistischen Jugendausschüssen wurde unter schwierigen Bedingungen im Spätsommer und Herbst 1945 der jungen Generation eine erfolgreiche Perspektive geöffnet. In der Folge wurde am 7. März 1946 die Freie Deutsche Jugend (FDJ) gegründet.

Vor 125 Jahren geboren: Kurt Schumacher

Von 1915 bis 1919 studierte er dennoch Rechts- und Staatswissenschaften in Halle, Leipzig und Berlin, wo er 1918 der SPD beitrug. Bereits 1920 promoviert er in Münster mit der Arbeit „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“. In der Folgezeit war Schumacher Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung „Schwäbische Tageswacht“. 1924 wurde er in den Württembergischen Landtag gewählt, dem er bis 1931 angehörte und in dem er als scharfer Debattenredner vor allem zu Fragen der Sozial-, Wirtschafts- und Rechtspolitik hervortrat. 1930 erfolgt schließlich seine Wahl in den Reichstag und 1932 in dessen SPD-Fraktionsvorstand.

acht Jahre im KZ Dachau eingesperrt, ohne je von einem Gericht verurteilt worden zu sein. Mit seiner Entlassung im Frühjahr 1943 war ihm Hannover als Zwangsaufenthaltort zugewiesen, wo er bei seiner Schwester wohnte und als Buchhalter in einer Fabrik arbeitete. Von August bis Oktober 1944 wurde er im Zuge der Gestapo-Aktion „Gewitter“ erneut im KZ Neuengamme bei Hamburg inhaftiert. Das Kriegsende erlebte er bei Hannover, der Stadt, in der er Vorsitzender des SPD-Ortsvereins wurde und von der aus er mit dem „Büro Schumacher“ auf den Neuaufbau der westdeutschen SPD entscheidenden Einfluss nahm. Im Oktober 1945 erfolgte in Wennigsen bei Hannover seine Wahl zum politischen Beauftragten seiner Partei für die Westzonen und die Umbenennung seines Büros in „Büro der Westzonen“.

Im Mai 1946 wurde nunmehr Schumacher zum Vorsitzenden der SPD für die Westzonen gewählt. Er forderte „die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach Profitinteressen, sondern nach Grundsätzen volkswirtschaftlicher Planung“ und er-

klärte, in Verkennung der tatsächlichen Lage nach 12-jähriger faschistischer Diktatur, den „Sozialismus als Tagesaufgabe“. Hierbei ist für ihn die Grundfrage nicht der prinzipielle Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus, sondern die von Demokratie und Diktatur, ohne zu beachten, dass in der antagonistischen Klassengesellschaft die Demokratie eine Kernfrage des Klassenkampfes ist.

Frontal griff Schumacher – der noch am 1. Februar 1933 zum notwendigen Verhältnis von SPD und KPD öffentlich erklärt hatte: „Nicht Bruderkampf, sondern Klassenkampf“ – das von der KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 ver-

kündete Programm des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus als Voraussetzung für einen späteren Übergang zum Aufbau des Sozialismus an. „Bei dieser klaren Herausbildung der Fronten“, erklärte er im Juli 1945, „scheidet die kommunistische Partei schon dadurch aus, daß ihre verantwortlichen Sprecher erklären, heute keine sozialistischen Forderungen zu haben.“ Daraus schlussfolgerte er irreführend: „Die KPD ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik besteht kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz. Ebenso wenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KPD den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsveruch auch nur andeutungsweise einzugehen.“

Sein massiver Versuch, mit allen Mitteln eine Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ möglichst zu verhindern und später in der SED zerstörerisch wirksam zu werden, bewirkte logischerweise ebenso heftige Gegenattacken. Der „Kampf gegen die Schumacher-Agenten“ begleitete das Ringen um die SED und ihre innere Entwicklung über viele Jahre.

Nach einer Beinamputation in seinen politischen Aktivitäten stark eingeschränkt, verstarb Kurt Schumacher am 20. August 1952.



1 / KALENDERBLATT

Kurt Schumacher war ein erbitterter Gegner des Faschismus, dem, wie er erklärte, „die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit“ gelungen sei. Im Juli 1933 wird er verhaftet und zehn Jahre lang in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern, darunter

Terminübersicht

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

Leipzig, 14. Oktober, 18 Uhr
Dresden, 15. Oktober, 10-16 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
„Politik für die kleinen Leute?“
 Die Rechten und die soziale Frage*
 Mit Stefan Dietl (Autor). Eine Veranstaltung des Kulturbüro Sachsen e.V. mit Unterstützung des DGB Sachsen und RLS Sachsen.
Die Veranstaltungsorte werden nach Anmeldung bekannt gegeben

Wir setzen uns mit der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der AfD und der Rechten auseinander.

Online, 15. Oktober, 19 Uhr
 ■ Podiumsgespräch mit Diskussion
Wem gehört der Fußball?*
 Der Profifußball zwischen Kommerz, Protest und Mitbestimmung. Mit Helen Breit (Fanorganisation Unsere Kurve), Lasse Gutsch (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender Hannover 96) und Thomas Hennings (FanRat e.V. 1. FC Magdeburg), Moderation: Ronny Blaschke (Fußballexperte und Journalist). Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftungen in Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Thüringen und Bayern. Livestream: <https://www.facebook.com/rosalux.sachsen/live> (auch ohne Account möglich)

Online, 15. Oktober, 19 Uhr
 ■ Webseminar
„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ – Feministisch-lesbische Perspektiven auf 1989/90*. 9. Walter-Markov-Kolloquium 2020 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Mit Maria Bühner (Kulturwissenschaftler*in und Historiker*in Uni Leipzig). Anmeldung unter sachsen.rosalux.de

Leipzig, 18. Oktober, 19- 21 Uhr
 ■ Workshop
Android Smartphones Google-frei einrichten*
 REIHE: Netzwerktechnik in Nutzer*innenhand. Mit Katrin Tänzer, Valentin Jakisch. Moderation: Mirjam Harrer. In diesem Workshop geht es um die Google-freie Einrichtung von Android Smartphones. Du hast die Möglichkeit, das bei Deinem Smartphone direkt vor Ort umzusetzen. Falls Du dies möchtest, denke unbedingt daran, Deine auf dem Phone gespeicherten Daten vorher extern zu sichern. Anmeldung: technikpower@riseup.net/index, *Breite Straße 1, 04317 Leipzig*

Chemnitz, 20. Oktober-15. November
 ■ Wanderausstellung
Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale
 Eine Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, kuratiert durch Rohstock-Biografien* Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit der Kulturhauptstadt 2025 Chemnitz und der Pochen Biennale.
Ort und Öffnungszeiten unter sachsen.rosalux.de

Dresden/Online, 21. Oktober, 19 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Ideen, Bedingungen und Perspektiven für Ostdeutschland*
 REIHE: Umbrüche. Ost-Deutschland 30 Jahre nach dem „Beitritt“. Mit Matthias Höhn (Beauftragter für Ostdeutschland der Fraktion DIE LINKE im Bundestag). Anmeldung: www.sachsen.rosalux.de
 Livestream: www.facebook.com/rosalux.sachsen/live WIR-AG, *Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

Dresden, 23.-25. Oktober, 18-15 Uhr
 ■ Workshop
Herrschen - Alles muss man(n) selber sein lassen*
 Ein (Selbst-)Erfahrungs-Workshop. Mit Jan Ackermann, Holger Mach (Bildungsreferent* der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.) und Maja Steinhaus (Frauenbildungszentrum Dresden). Eine Veranstaltung des Frauenbildungszentrum Dresden, der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V. und der RLS Sachsen. Teilnahmegebühr 15 € (Ermäßigung oder kostenlose Teilnahme auf Anfrage möglich), Anmeldung bis 16.10. unter fbz@frauenbildungszentrum-dresden.de
 Sollte ein Präsenz-Workshop Corona-bedingt nicht möglich sein, wird der Workshop digital angeboten.
Frauenbildungszentrum Dresden, Oskarstraße 1, Dresden

Online, 27.-30. Oktober, 17-19.30 Uhr
 ■ Online-Workshop
Euer Projekt on Air*
 Mit Lena Löhr (Geräuschkulisse e.V.). Im Online-Workshop erarbeitet ihr eine beispielhafte Podcast-Folge für euren Verein/eure Initiative. Anmeldung bis 19.10. unter www.sachsen.rosalux.de
 Die Teilnahmegebühr beträgt 10 Euro. Bitte überweist den Betrag vorab an: RLS Sachsen, IBAN: DE73 860 555 92 118 007 8876 (Sparkasse Leipzig), Verwendungszweck: Podcast-Workshop, Projektnr.: 037)

Dresden/Online, 28. Oktober, 19 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion

30 Jahre Umbruch im Osten: Sozial-ökonomische Brüche*
 REIHE: Umbrüche. Ost-Deutschland 30 Jahre nach dem „Beitritt“. Mit Dr. Ulrich Busch (Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät). Anmeldung für die Teilnahme vor Ort unter: www.sachsen.rosalux.de. Livestream: www.facebook.com/rosalux.sachsen/live
 WIR-AG, *Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

Leipzig, 28. Oktober, 19- 21 Uhr
 ■ Workshop
 Was ist Freifunk?*
 REIHE: Netzwerktechnik in Nutzer*innenhand. Mit Hannes Rabenseifner. Moderation: Nadja Guldt. Anmeldung: technikpower@riseup.net/index, *Breite Straße 1, 04317 Leipzig*

Dresden, 4. November, 19 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Friedrich Engels. Erfinder des Marxismus?*
 Mit Prof. Dr. Rolf Hecker (marxistischer Ökonom).
 WIR-AG, *Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

Chemnitz, 9. November, 19 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Die Novemberpogrome 1938 in Chemnitz und Südwestsachsen*
 Mit Daniel Ristau (Historiker). Eine Veranstaltung der Volkshochschule Chemnitz in Kooperation mit RLS Sachsen.
dasTIEZ, Moritzstraße 20, 09111 Chemnitz (siehe VHS-Raumanzeige)

* Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Kommen und Gehen

Ein „Danke“ an Peter Porsch

Die Mitgliederversammlung am 29. August ließ wegen der Corona-bedingten Einschränkungen und Verknappung der Tagesordnung nur wenig Raum, Peter Porsch gebührend zu verabschieden und ihm für die sechseinhalb Jahre als Vorsitzender und vier Jahre als stellvertretender Vorsitzender zu danken. Das möchten wir an dieser Stelle tun:

Danke Peter, dass Du inhaltlich konsequent und klar linke Positionen vertreten hast: sei es zur geschlechtergerechten Sprache, sei es zum Kulturverständnis, sei es zur Barrierefreiheit. Dabei sind Freundschaften zerbrochen und Konflikte gingen bis ins Persönliche.

Danke Peter, dass Du stets bemüht warst, Kompromisse zu finden: zwischen Jüngeren und Älteren, zwischen dem Wunsch nach Veränderung und dem nach Kontinuität, zwischen den verschiedenen Anforderungen an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Danke Peter, dass Du das Gesicht und die Stimme der Rosa-Luxemburg-Stif-

tung Sachsen warst, bei vielen Veranstaltungen, Podien, Empfängen und Gesprächsrunden nicht nur in Sachsen, sondern bundesweit. Danke Peter, dass Du immer ein verlässlicher Partner und Rückhalt für die Mitarbeiter*innen und den Vorstand warst. Du hast für mehrheitliche gefasste Beschlüsse um Verständnis ge-



worben und diese verteidigt, auch wenn Du anderer Meinung warst. Danke Peter, dass Du trotz gesundheitlicher Probleme dabei geblieben und sogar noch in die Corona-bedingte Verlängerung gegangen bist. Danke Peter, dass Du die letzten turbulenten Jahre mit uns gemeistert hast. Wir werden Dich vermissen.

Neu gewählte Vorsitzende Martina Große

Am 29. August wurde nicht nur Peter Porsch als Vorsitzenden verabschiedet, sondern auch ein neuer Vorstand gewählt. Die promovierte Bauingenieurin und Mitarbeiterin der Landtagsfraktion, Martina Große, wurde mit über 92 Prozent zur neuen Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen gewählt. In ihrer Rede zur Mitgliederversammlung setzte sie sich mit den veränderten Bedingungen infolge der politischen und pandemischen Lage in Sachsen und leitete daraus Anforderungen an unsere Bildungsarbeit und an die RLS Sachsen ab. Als neue Stellvertreter*innen wur-

den Katrin Pritscha, Franziska Werner und Steffen Jühran, als Schatzmeister Bernd Spolwig gewählt. Die weiteren Mitglieder des Vorstandes sind Henning Behrends (Schriftführer), Stefanie Götze (Geschäftsführerin), Jeanette Hilger, Uwe Hirschfeld, Dieter Janke, Marc Machold, Susann Scholz-Karas und Claudia Szabó.



Blick auf den „Cotton-Lord“

René Lindenau empfiehlt Michael Krätkes Engels-Biografie

Das Wort „ohne“ wird in diesem Buchlein, das Michel Krätke im Engels-Jahr 2020 vorlegte, zu einem Hauptwort. Denn ohne Engels hätte Marx nicht so wirken können wie mit Engels. Krätke liefert eine gut lesbare Lebens- und Werksbeschreibung des „Cotton-Lord“. Dabei war es Engels erst 1864 gelungen, vollwertiger Teilhaber der Firma Ermen & Engels zu werden. Engels war ein untypischer Kapitalist, denn anders als seine Klassengenossen war er bei jeder Wirtschaftskrise in blendender Laune.

Als wohltuend kann man empfinden, das Krätke in seinem „schwungvollen Essay“ (Tom Strohschneider, oxiBlog) Engels nicht nur aus dem Schatten von Marx holt, sondern ihn auch als Privatmann und Menschen erlebbar macht. Die beiden Herren waren ganz unterschiedlichen Charaktere, aber das hinderte sie nicht, jahrzehntelang freundschaftlich und produktiv als „linke Edelfedern“ (Krätke) zusammenzuarbeiten. Dabei sah es anfangs nicht danach aus, denn ihre erste Begegnung in Köln (1842) verlief recht reserviert. Zwei Jahre später sollten zehn Tage in Paris das ändern. Bei viel Wein wurde diskutiert und es wurden Pläne gemacht. Nun –

auch das erfährt man: Karl Marx war eher ein Mann der Schreibstube und Theorie, während seine „zweite Violine“ (Engels) einen anderen Lebensstakt pflegte; stets gut gekleidet, liebte er die Frauen und das Leben. Trotz seines Vermögens zeichnete ihn eine große Bescheidenheit aus.

Anfang 1851, Marx war noch kaum imstande Englisch zu schreiben, verfasste dann Engels für ihn die ersten Artikel, und das ging zwölf Jahre so weiter. Erschienen waren sie jedoch unter Marxens Namen, sodass er auch das Honorar bekam. In seiner Publikation betont der Politikwissenschaftler und Engels-Kenner Krätke, dass der Spross einer Fabrikantenfamilie zu Unrecht unterschätzt und ihm in unfaire Weise weniger Beachtung zuteilwurde als dem „Übervater“ Marx. Besonders interessant ist auch, dass der „Erfinder des Marxismus“ zeitlebens keine akademische Ausbildung erfahren hat. Stattdessen steckte sein Vater ihn in die Mühle des, wie es Engels ausdrückte, „hündischen Commerz“. Das große Wissen auf zahlreichen Gebieten und seine enormen Sprachkenntnisse hat er sich autodidaktisch beigebracht. Am

Ende galt er vielen als Universallexikon. Er gab Denkanstöße, stand Marx als Berater zur Verfügung oder ging ihm voran. Hier nennt Krätke beispielhaft Engels' Aufsatz „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“. Ebenso beschreibt er Engels mit Blick auf Marx als Vordenker der Sozialforschung. Dazu zitiert Krätke die Studie (1845) über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“. Sie sei ein Klassiker in der Stadtsoziologie, so Krätke. Selbst im „grünen Bereich“ war der berühmte Sohn Barmens unterwegs, siehe dazu seine „Dialektik der Natur“.

Ein großes Verdienst erwarb sich der Marx-Freund bei der Herausgabe des KAPITAL. Ohne sein hartnäckiges Drängen wäre nicht einmal der erste Band erschienen. Engels schaffte es, nach Marxens Tod zwei weitere Bände herauszubringen. Nur er konnte die marxische Handschrift entziffern. Über diese Herausgeberschaft entbrannte auch ein zum Teil bis heute andauernder Streit, der in dem Buch nachgezeichnet wird.

Klar wird: Engels war eine facettenreiche Persönlichkeit, die wesentlich mehr Aufmerksamkeit verdient hätte. Zu die-

ser Wiedergutmachung lädt auch der zweite Teil des Krätke-Buchs mit Texten von und über Engels (Briefe, Interviews, Werkauszüge) ein. Auch für die früheren „Kanoniere“ des statischen Marxismus-Leninismus dürfte diese Lektüre einigen Sprengstoff enthalten. Für Dogmatiker ist Engels nie etwas gewesen, denn er war sich darüber im Klaren, dass die wissenschaftlichen Diagnosen nur von begrenzter Haltbarkeit sein werden. Bis zuletzt sah der „Grandseigneur des Sozialismus ohne großbürgerliche Allüren“ (Rudolf Walther, oxiBlog) die Theorie als ein Werk in Arbeit und nicht als ein geschlossenes System. Nochmals Krätke: „Engels erfand den Marxismus und war doch kein richtiger Marxist. Er war ebenso gut ein Revisionsist und damit in guter Gesellschaft“.

Der Blick durch meine Lesebrille sagt mir: Krätke ist es gelungen, ein differenziertes Bild von Friedrich Engels als einer der vielseitigsten Figuren der modernen Arbeiterbewegung zu zeichnen.

Michael Krätke (Hrsg.): *Friedrich Engels oder: Wie ein Cotton-Lord den Marxismus erfand*. Dietz Verlag, 200 S., Broschur, ISBN 978-3-320-02368-3, 12 €

Indianer-Buchtipps

Ralf Richter über „Dort, dort“ von Tommy Orange

Ob Ostdeutsche das Buch anders lesen als Westdeutsche? Es ist anzunehmen. Jedenfalls ältere Ostdeutsche. Solche, die sich noch daran erinnern, wie Harry Belafonte seine indianischen Freunde, die Führer der Indianerbewegung Russel Means und Dennis Banks 1973 im Gefängnis besuchte, nachdem diese mit hunderten anderen Indianern Wounded Knee besetzt hatten. Dort waren 300 Sioux – Kinder, Frauen und Männer, darunter der legendäre Häuptling Sitting Bull – im Jahr 1890 von amerikanischen Truppen niedergemetzelt worden. Die 300 Indianer, die das Gebiet besetzten, wollten an das Massaker erinnern. Von dem Treffen Harry Belafontes mit den beiden Indianerführern, die zu über 80 Jahren Gefängnis verurteilt werden sollten, gab es Fotos in der DDR-Presse. In Westdeutschland dagegen fand das Ereignis in der Presse kaum statt, selbst Belafonte wird erst seit kurzem überhaupt als Bürgerrechtler in seinem Engagement für Afroamerikaner wahrgenommen. Den meisten Westdeutschen galt er nur als der Calypso-Sänger und Entertainer. Die komplette Weltwahrnehmung war bis 1989 zwischen Kap Arkona und Fichtelgebirge eine völlig andere als im Gebiet zwischen Flensburger Förde und Bodensee.

Inzwischen liest man als „alter Ostdeutscher“ das Buch dieses modernen Indianers – Tommy Orange ist Jahrgang

1982, Mitglied der Cheyenne und Arapaho-Stämme – dreißig Jahre nach der „Einheit“ einhergehend mit jeder Menge Geschichtsklitterung und gezielten Auslöschens von DDR-Traditionen mit ganz anderen Augen als man es 1990 gelesen hätte. Am Beispiel der Ureinwohner Nordamerikas geht es darum, wie man Völker vernichtet und wie man die Geschichte eines Landes fälscht, indem man Unliebsames weglässt. Es hat sich eine Lesart der US-Geschichte durchgesetzt, die kaum an die an den Indianern begangenen Verbrechen erinnert. Die modernen Indianer haben in den Großstädten der USA kaum noch eine indianische Identität. Dafür sind prekäre Arbeitsverhältnisse, geringe Verdienste, Alkohol- und Drogenprobleme sowie zerrüttete Familienverhältnisse weit verbreitet. Erwähnt werden horrende Selbstmordraten in den „Native Communities“ – aber ist Suizid wirklich das Problem? „Kein Wunder, wenn es schlimmer wurde. Man kann sich das Leben nicht schönreden, wenn es nicht schön ist“, findet der Autor.

Der Roman hat etwas von einem Kammerstück: Am Anfang führt der junge Autor in seinem Prolog kurz in die Geschichte der Indianervernichtung ein, wie man sie in dieser Dramatik kaum kennt. Noch bis in die 70er Jahre zeigte das staatliche US-Fernsehen am Ende des offiziellen Programms als Testbild

einen stilisierten Indianerkopf umgeben von Kreisen, die an Zielfernrohre aus Gewehren erinnerten. Traumatische Erfahrungen werden über für den Leser ausgebreitet, die in der amerikanischen Gesellschaft – und insbesondere bei den betroffenen indianischen Völkern – niemals verarbeitet wurden. Was weiß der US-Amerikaner von der Geschichte seines eigenen Landes und seiner Bewohner? Die Leute freuen sich, wenn sie die geschönte Geschichte sehen. Sie wollen nicht mehr als die kleine Geschichte, die sie mit nach

Hause nehmen und beim Abendessen erzählen können ... so sieht es Tommy Orange. Nach dieser Einführung in das Indianerbild, welches dem gewöhnlichen US-Amerikaner vermittelt wird, kommt er zu den eigentlichen Protagonisten: Frauen und Männern von verschiedenen Stämmen bzw. „Mischlinge“, die sich allesamt ihrer Identität nicht sicher sind, sondern nur wissen, dass sie „anders sind“. Es sind Menschen auf der Suche nach sich selbst, auf der Suche nach Gleichgesinnten, nach Schicksalsgefährten, nach Selbstvergewisserung. Das ist nötig, denn Stammesidentitäten lösen sich in Großstädten auf, die Mischung mit anderen Volksgruppen tut ein Übriges.

Nachdem das Leben der Protagonisten vorgestellt wird, läuft alles auf das große gemeinsame Treffen aller mit allen zu, welches in einer Katastrophe mündet – schließlich kommen alle diese urbanen Indianer, die in einer Großstadt geboren wurden, zum Powwow. Orange zitiert Brecht und Baldwin und er verriet uns, dass der erste Roman eines Indianers, des Cherokees John Rollin, 1854 in Kalifornien erschien. Offenbar gibt es ein Manko in der europäischen Wahrnehmung der US-Literatur: Neben der afroamerikanischen und progressiven weißen Literatur lohnt es sich, auch die indianische Sicht kennenzulernen. „Dort, dort“ erschien bei Hanser Berlin und kostet 22 Euro.



Seine Biographie als Wissenschaftler begann in Ilmenau und führte ihn dann an die Karl-Marx-Universität in Leipzig und 1983 an die Humboldt-Universität zu Berlin. Von 1961-1970 arbeitete er als Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaft im Zentralkomitee der SED. 1992 wurde er mit einem Lehrverbot an der Humboldt-Universität belegt und gehörte somit ebenfalls zu den Opfern des personellen Kahlschlags an den Hochschulen der ehemaligen DDR im Zuge der Abwicklung der auf dem Wissenschaftlichen Sozialismus beruhenden Lehrstühle. Der SED gehörte Niemann fast vierzig Jahre lang an und beschreibt sich als „Überzeugungstäter mit gutem Gewissen“. Er erzählt auch **seine** kleine Geschichte der SED und stellt diesem Vorhaben die Leitlinie voran, parteilich zu bleiben ohne subjektivistisch zu werden. Über die führenden Persönlichkeiten der SED möchte er ein „historisch möglichst gerechtes Urteil“ abgeben.

Dies betrifft insbesondere Walter Ulbricht und Erich Honecker. Schon in seiner Vorbemerkung macht Niemann deutlich, dass er sich dem Menschen Walter Ulbricht und seiner Politik stärker verbunden sieht.

Dass dieser opulente Band im Jahr 2020 erscheint, in dem sich der 3. Oktober 1990 zum 30. Male jährt und offizielles DDR-Bashing im Überfluss zu erwarten ist, ist natürlich alles andere als ein Zufall. Der Autor will sich den Verdammungsurteilen wie „zweite deutsche Diktatur“, „Unrechtsstaat“ oder „SED-Staat“ entgegenstellen und aufzeigen, dass auch die DDR auf einer legitimen völkerrechtlichen, politischen und moralischen Grundlage existierte und sich im Allgemeinen auf

Opulentes und streitbares Werk

Dr. Holger Czitrich-Stahl hat Heinz Niemanns „Kleine Geschichte der SED“ studiert

eine mehrheitliche Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger stützen konnte.

Nur wer dies ausklammert, kann behaupten, die DDR sei von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen. Das aber ist die herrschende Geschichtsdoktrin nach 1990. Sie geht in Vielem an den Biographien der Bürgerinnen und Bürger der DDR vorbei: „Die Millionen DDR-Bürger zweier Generationen, die sich in und für diesen Staat engagiert haben, verdienen es neben ihren persönlichen Erlebnissen und Erinnerungen ein Geschichtsbild vermittelt zu bekommen, welches ohne Nostalgie (wenn auch mit Empathie) auf einer historisch-materialistischen Darstellung beruht“ (S. 16).

Eine „Stunde Null“ hat es nicht gegeben. In den Westzonen und der späten Bundesrepublik dominierte dennoch die Vorstellung von einer Zäsur, die einen – antikommunistischen – Neuanfang an der Seite des Westens möglich mache. In der SBZ und später in der DDR indes verstand man den Neuanfang nicht als primäre Frontstellung, sondern als die Chance zu einer neuen Gesellschaft. Zwei unterschiedliche gesellschaftliche Realitäten – DDR hier, BRD dort –, aber auch zwei legiti-



me Entwicklungswege auf deutschem Boden. Niemann schreibt ausführlich über die großen Entscheidungssituationen, den 17. Juni 1953 („Junikrise“), den 13. August 1961 („zweiter Gründungsakt“), die Lage nach dem Sturz Chruschtschows usw. und gibt einen beredten Einblick in die heftigen innerparteilichen Konflikte einer Partei, die nach außen immer monolithisch zu wirken suchte. Unter Ulbricht vollzog sich ökonomisch ein Aufschwung, der im

sozialistischen Lager seinesgleichen suchte: „Das rote Wirtschaftswunder“, das sein Ende nach der Krise von 1968 („Prager Frühling“) fand.

Der Entmachtung Walter Ulbrichts folgten 18 Jahre der Herrschaft Erich Honeckers als SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender. Hier leuchtet Niemann z. B. das veränderte Verständnis der „nationalen Frage“ bei Honecker aus. Für Ulbricht war die deutsche Zweistaatlichkeit „der Staat gewordene Klassenwiderspruch der deutschen Nation“ zwischen Kapital und Arbeit. Honecker indes ließ die „sozialistische deutsche Nation“ DDR zur Realität erklären. Was bei Ulbricht aktive Systemkonkurrenz hieß, bedeutete für seinen Nachfolger Abgrenzung. Honecker sei es auch nicht gelungen, die durch die Politik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verursachte Krise der Wirtschaft zu lösen. Dies führte letztlich in einem voranschreitenden Prozess zur Schwächung der Ökonomie und zur Abnahme der Loyalität der Bevölkerung und folglich in das Ende der DDR 1989/90.

Über viele Aussagen muss man nachdenken, nicht alle muss man allerdings teilen. Faktenreich beschreibt Niemann die Entwicklungen der Jahre zwischen 1945 bis 1990 und vor allem jene der SED als einer Partei, wie es sie vorher nicht gab und nachher nicht geben würde. Die Literatur zur Parteilsgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland ist um ein opulentes und streitbares Werk reicher geworden.

Heinz Niemann: *Kleine Geschichte der SED. Ein Lesebuch. Verlag am Park Berlin 2020, 773 Seiten, 30 Euro. ISBN: 978-3-947094-55-4.*

Fürs Radsportmuseum unterwegs zu Friedensfahrt-Veteranen

Am ersten Septemberwochenende trafen sich in einem Vorort von Brno tschechische Radsportlegenden. Dazu waren auch Mitstreiter des Friedensfahrtmuseums aus Kleinmühligen eingeladen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen ging es für die meisten Angereisten auf das Rennrad. Eine Ausfahrt stand im Programm. Unter den etwa 40 Teilnehmern waren die Friedensfahrtsieger Gustav-Adolf Schur und Jan Smolik sowie die mehrfachen Friedensfahrtteilnehmer Pavel Dolezel und Svatopluk Henke. Am gemeinsamen Abendessen nahmen dann etwa 150 Rennfahrer, vorwiegend Friedensfahrer teil. Es wurde viel gesprochen über die Erlebnisse während der aktiven Sportlerkarriere, aber auch über die Entwicklung des Radsports.

Svatopluk Henke, seit einigen Jahren Direktor der Juniorenfriedensfahrt in der Region um Terezin, berichtete, dass die Internationale Juniorenfriedensfahrt im Jahr 2021 wieder stattfinden soll. Es wird die 49. sein, die dieses Jahr Corona-bedingt abgesagt werden musste. Für die Mitstreiter des Museums war unter den Teilnehmern des Abends ein besonderer Gast, Vlastimil Bartos. Im November wird er 96 Jahre alt. Der

Radsportler Bartos gehörte bei der 1. Friedensfahrt Prag-Warschau 1948 zur zweiten Mannschaft der ČSR. Er wurde damals 15. in der Einzelwertung.

Er berichtete, dass er bereits 1928 mit dem Radfahren und Radsport begonnen habe. 1948 sei er als junger Mensch stolz gewesen, an dem in-

ternationalen Radrennen teilnehmen zu dürfen. Er berichtete, dass es damals kaum Sporträder in der ČSR gab. Trotzdem schaffte es der tschechische Radsportverband, in der Schweiz Rennräder der Marke „Mondial“ zu organisieren. Diese Räder wurden den Sportlern kostenlos für die Friedensfahrt zur Verfügung gestellt. Nach der

Friedensfahrt durften die Fahrer ihre Räder kaufen. Bartos berichtete weiter, dass der Italiener Gino Bartali 1948 die Tour de France mit einem Rennrad der gleichen Marke gewonnen habe.

Zur Friedensfahrtteilnahme selbst und seinen eigenen Leistungen formulierte Bartos, dass es für ihn ein äußerst wichtiges Rennen in sportlicher Hinsicht war und er alle seine Kräfte in die Unterstützung des am Ende Zweitplatzierten der Gesamteinzelwertung Emanuel Krejcu einsetzte. Die Mannschaftsleistung sei ebenfalls bedeutend gewesen. Da aber auf der 5. Etappe Jiri Holubec leider ausscheiden musste, gingen die Träume der Mannschaft auf einen möglichen Gesamtsieg nicht auf. Holubec lag bis dahin auf dem dritten Platz in der Gesamtwertung. Am Ende freuten sie sich über den vierten Platz in der Mannschaftswertung.

Am Sonntag besuchten einige Rennfahrer dann noch den Gedenkstein zur Erinnerung an den Friedensfahrtsieger von 1972 Vlastimil Moravec, welcher am 15. April 1986 in Brno tödlich verunglückt war.



Gustav-Adolf Schur, Vlastimil Bartos, Ralf Fiebelkorn und Karel Gerolt

• Ralf Fiebelkorn